

8 Ausländische Bevölkerung

Ausländische Staatsangehörige sind eine Teilgruppe der Bevölkerung mit Migrationshintergrund (vgl. Kapitel 7.1). Die Datenquellen zur Gewinnung von Informationen über die ausländische Bevölkerung¹⁷² in Deutschland sind – neben dem Mikrozensus – die Bevölkerungsfortschreibung und die auf dem Ausländerzentralregister (AZR) basierende Ausländerstatistik.

Basierend auf diesen Datenquellen umfasste zum Jahresende 2022 die ausländische Bevölkerung in Deutschland je nach Erhebungsmethode zwischen 11,6 Millionen (Mikrozensus) und 13,4 Millionen Personen (AZR). Die Angabe aus der Bevölkerungsfortschreibung liegt mit 12,3 Millionen Personen dazwischen. Im Folgenden werden diese unterschiedlichen Angaben näher erörtert.

Unterschiede zwischen Mikrozensus und Ausländerzentralregister

Die Differenz zwischen der Zahl aus dem AZR (13,4 Millionen) und der im Mikrozensus 2022 ermittelten Zahl von 11,6 Millionen Ausländerinnen und Ausländern (vgl. Kapitel 7.1) ergibt sich zum einen daraus, dass im Mikrozensus nur die Bevölkerung in Privathaushalten ausgewiesen ist, während im AZR auch in Gemeinschaftsunterkünften¹⁷³ wohnhafte Menschen registriert sind. Zum anderen sind im AZR die Korrekturen durch den Zensus (2011 bzw. demnächst 2022) nicht berücksichtigt, die aber ihren Niederschlag in der Bevölkerungsfortschreibung und der darauf bezogenen Hochrechnung des Mikrozensus finden.¹⁷⁴

Unterschiede zwischen Bevölkerungsfortschreibung und Ausländerzentralregister

Die Bevölkerungsfortschreibung liefert zur ausländischen Bevölkerung demografische Angaben (Staatsangehörigkeit, Geschlecht, Alter und Familienstand). Das AZR stellt neben diesen Größen zusätzlich Angaben zum Aufenthaltsstatus und zur Aufenthaltsdauer bereit. Die Bestandszahlen der ausländischen Bevölkerung aus beiden Quellen weichen jedoch infolge unterschiedlicher inhaltlicher Abgrenzungen, Berichtswege und Erfassungsverfahren voneinander ab.

Die Erfassung im AZR richtet sich nach ausländerrechtlichen Bestimmungen. Ausländische Staatsangehörige¹⁷⁵ werden im Zuge der kommunalen melderechtlichen Registrierung erfasst, d. h. nur dann, wenn sie sich nicht nur vorübergehend (in der Regel länger als 3 Monate) in Deutschland aufhalten (§ 2 Abs. 1 AZRG). Personen, die einen Aufenthaltstitel beantragen oder ein Asylgesuch äußern, werden unabhängig von dieser Frist umgehend erfasst (§ 2 Abs. 1a AZRG). Seit 2021 werden auch Personen als in Deutschland wohnhaft registriert, bei denen eine irreguläre Einreise oder ein irregulärer Aufenthalt festgestellt wurde (§ 2 Abs. 1a Nr. 2 und 3 AZRG). Zu diesen Personengruppen liefern die einzelnen lokalen Ausländerbehörden die entsprechenden Personenstandsdaten an das AZR (§ 6 Abs. 1 Nr. 1 AZRG). Im Unterschied dazu werden in der Bevölkerungsfortschreibung Personen nach melderechtlichen Bestimmungen erfasst. Darin werden alle aus dem Ausland zuziehenden Personen, die sich bei den Meldebehörden anmelden, ohne Zeitkriterium gezählt. Daher ist ein unmittelbarer Vergleich der AZR-Ergebnisse mit der laufenden Bevölkerungsfortschreibung nicht möglich.

¹⁷² Grundlage der Ausländerbestandsstatistik ist der rechtliche Begriff von ausländischen Staatsangehörigen (siehe dazu Kapitel 1). Als Ausländerin bzw. Ausländer gelten alle Personen, die nicht die deutsche Staatsangehörigkeit besitzen. Dazu zählen auch staatenlose Personen.

¹⁷³ Zu Gemeinschaftsunterkünften zählen beispielsweise Krankenhäuser, Behindertenwohnheime, Alten- und Pflegeheime, Flüchtlingsunterkünfte, geschlossene Heime, Klöster und Gefängnisse. Vgl. zur Struktur und zur Erfassung dieser Bevölkerungsgruppe im Mikrozensus Schanze (2019).

¹⁷⁴ Vgl. Statistisches Bundesamt 2019.

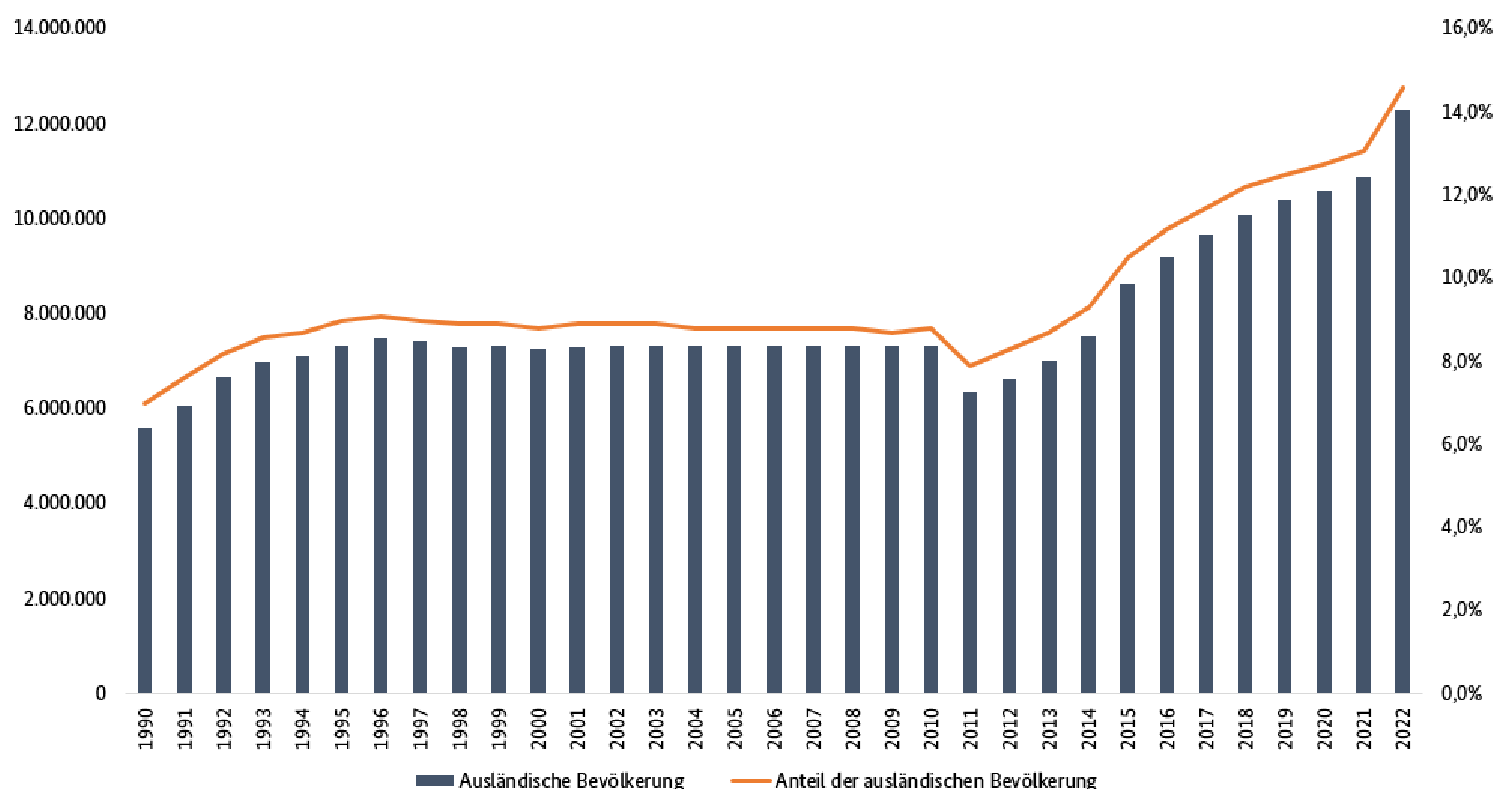
¹⁷⁵ Deutsche Staatsangehörige, die zusätzlich eine oder mehrere weitere ausländische Staatsangehörigkeiten besitzen, gehen nicht ins AZR ein.

Das AZR ermöglicht eine weitergehende ausländerrechtliche Differenzierung als die Bevölkerungsfortschreibung, deshalb werden im Folgenden überwiegend die AZR-Daten verwendet. Beim Vergleich mit der deutschen bzw. der Gesamtbevölkerung werden hingegen die Daten der Bevölkerungsfortschreibung herangezogen (siehe auch Tabelle 8-5 und Tabelle 8-7 im Anhang).

Entwicklung der ausländischen Bevölkerung insgesamt

Seit den 1990er-Jahren lag die Zahl der Bevölkerung ohne deutsche Staatsangehörigkeit viele Jahre zwischen 7 und 8 Millionen (vgl. Abbildung 8-1). Durch die hohe Migration in den letzten Jahren stieg die Zahl der ausländischen Staatsangehörigen in Deutschland auf Basis der Bevölkerungsfortschreibung auf rund 12,3 Millionen Personen (Stand: 31. Dezember 2022, vgl. Tabelle 8-4 im Anhang). Dies entspricht einem Anteil von 14,6 % an der Gesamtbevölkerung, der höchste Wert im Betrachtungszeitraum seit 1990. Tabelle 8-5 im Anhang gibt einen Überblick über die Verteilung der ausländischen Bevölkerung nach Bundesländern.

Abbildung 8-1: Ausländische Bevölkerung in Deutschland seit 1990 nach der Bevölkerungsfortschreibung



Anmerkung: Ab Berichtsjahr 2011 Ergebnis auf Grundlage des Zensus 2011. Die Bevölkerungsentwicklung 2016 und 2017 ist aufgrund methodischer Änderungen und technischer Weiterentwicklungen nur bedingt mit den Vorjahreswerten vergleichbar. Ausführliche Erläuterungen dazu finden sich auf der Internetseite des Statistischen Bundesamtes zum Bevölkerungsstand.

Quelle: Statistisches Bundesamt, Bevölkerungsfortschreibung

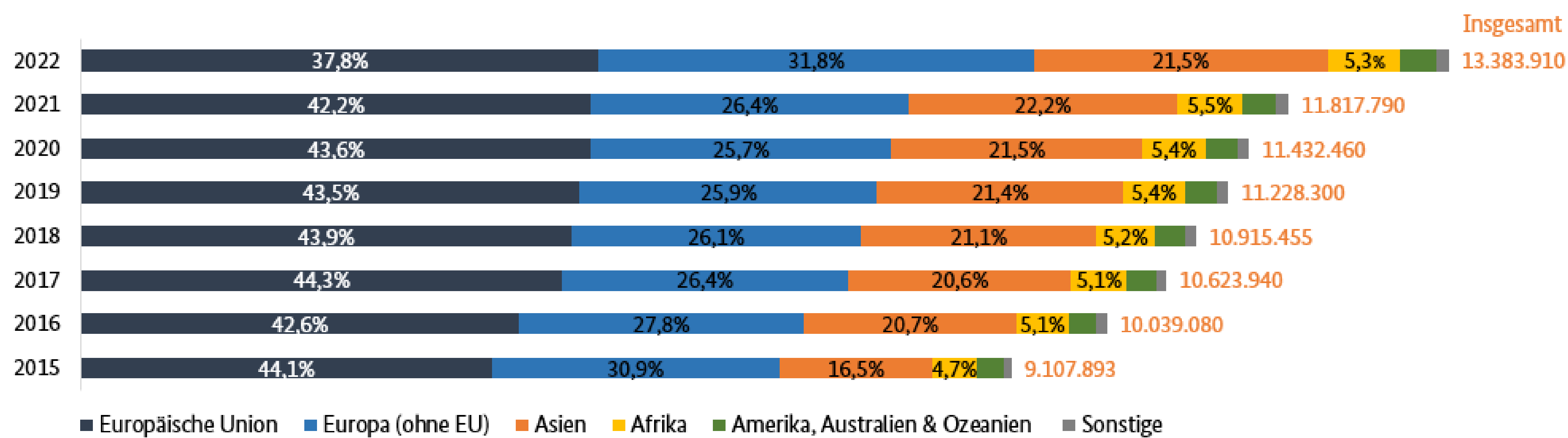
8.1 Ausländische Bevölkerung nach Staatsangehörigkeiten

Ausgehend vom AZR lebten Ende 2022 13.383.910 ausländische Staatsangehörige in Deutschland. Mit einem Anstieg um rund 1,6 Millionen Personen bzw. 13,3 % hat sich die Zahl der ausländischen Bevölkerung im Vergleich zu 2021 deutlich erhöht. Diese Entwicklung geht vor allem auf die vom russischen Angriffskrieg auf die Ukraine ausgelösten Fluchtbewegungen zurück.

Von den 13,4 Millionen Ausländerinnen und Ausländern besitzen die Mehrheit die Staatsangehörigkeit eines EU-Staates (37,8 %) oder eines weiteren europäischen Staates außerhalb der EU (31,8 %). Als Nächstes

folgen Personen mit einer asiatischen Staatsangehörigkeit (21,5 %). Den geringsten Anteil an der ausländischen Bevölkerung weisen bei der Betrachtung nach Kontinenten Staatsangehörige aus Afrika (5,3 %) bzw. Amerika, Australien und Ozeanien und Sonstige (3,5 %) auf (vgl. Abbildung 8-2).

Abbildung 8-2: Ausländische Bevölkerung nach Herkunftsregionen seit 2015



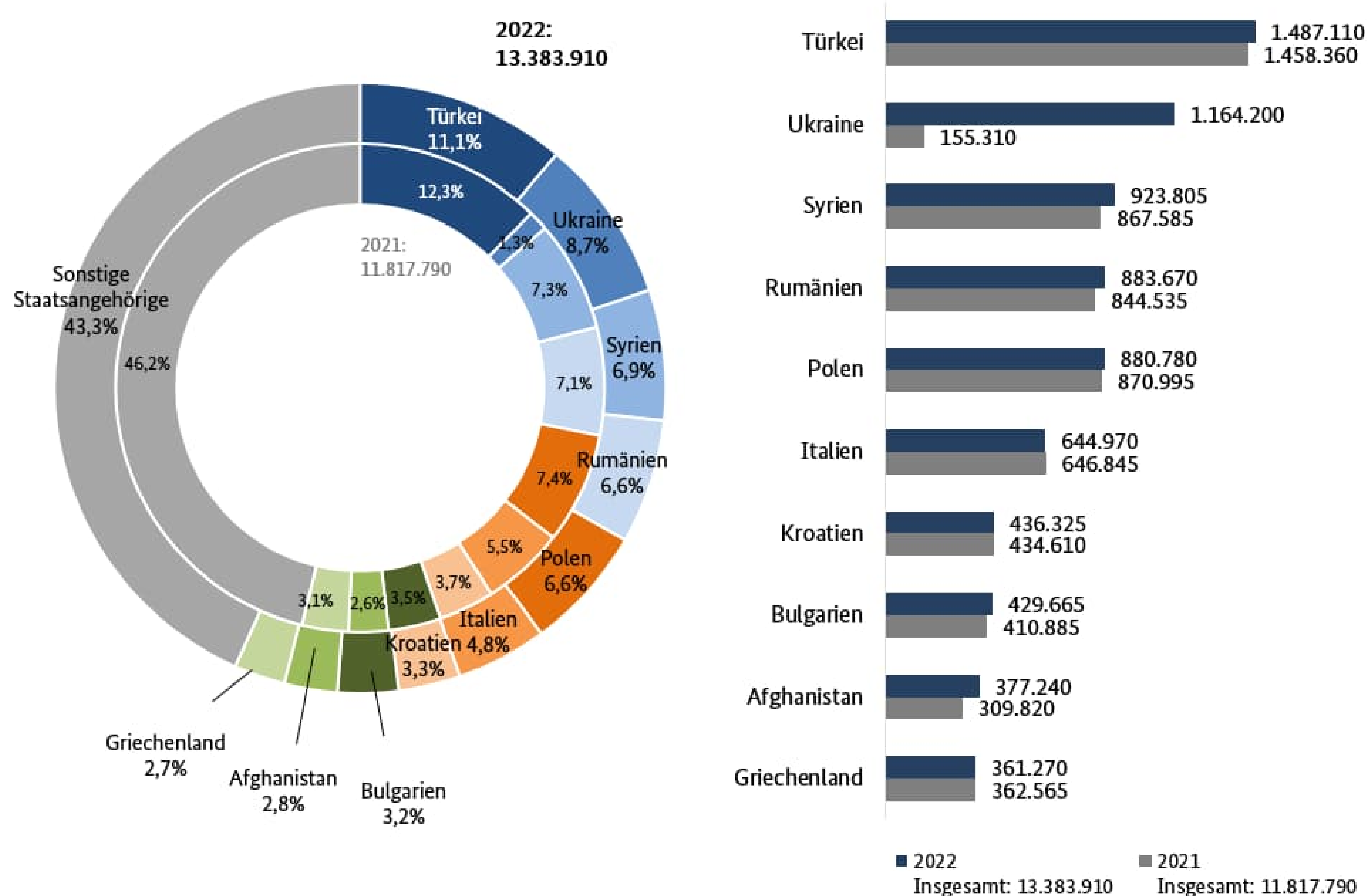
Anmerkung: Werte unter 3 % werden nicht ausgewiesen. Bis 2020 gilt der Stand EU-28. Ab dem Berichtsjahr 2021, also nach dem Ende der Übergangsphase, wird das Vereinigte Königreich einheitlich in der Kategorie „Sonstiges Europa“ als Drittstaat geführt. Ab 2020 setzt sich die EU aus 27 Mitgliedstaaten zusammen.

Quelle: Statistisches Bundesamt, Ausländerstatistik (auf Basis AZR)

Den größten Zuwachs in absoluten Zahlen gab es für ukrainische Staatsangehörige (+1.008.890 Personen). Während sie im Jahr 2021 einen Anteil von 1,3 % an der gesamten ausländischen Bevölkerung ausmachten, stieg ihr Anteil 2022 auf 8,7 %. Größere Zuwächse wurden auch für Afghanistan (+67.420 Personen) und Syrien (+56.220 Personen) verzeichnet.

Die nach der Staatsangehörigkeit größte Gruppe stellt aber nach wie vor die Türkei mit rund 1,49 Millionen Personen und einem Anteil von 11,1 %. Die Anzahl der türkischen Staatsangehörigen stieg damit im Vergleich zu 2021 um 28.750 Personen (vgl. Abbildung 8-3 und Tabelle 8-6 im Anhang). Die zweitgrößte Gruppe bilden 2022 erstmalig Bürgerinnen und Bürger der Ukraine. Unter den EU-Staatsangehörigen entfallen besonders hohe Anteile auf rumänische und polnische (beide 6,6 %) sowie auf italienische (4,8 %), kroatische (3,3 %) und bulgarische Staatsangehörige (3,2 %).

Abbildung 8-3: Ausländische Bevölkerung nach den häufigsten Staatsangehörigkeiten in den Jahren 2021 und 2022



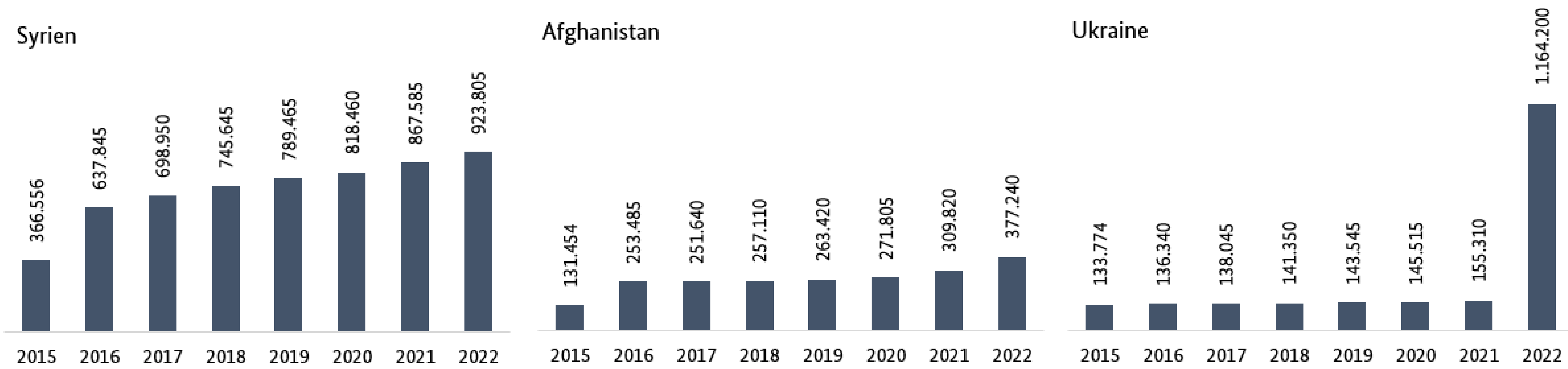
Quelle: Statistisches Bundesamt, Ausländerstatistik (auf Basis AZR)

Die Zahl der Staatsangehörigen aus den mittel- und osteuropäischen EU-Staaten steigt seit 2004, dem Jahr des EU-Beitritts der ersten dieser Staaten, kontinuierlich an. Nach dem EU-Beitritt von Bulgarien und Rumänien am 1. Januar 2007 lässt sich ebenfalls ein deutlicher Anstieg der Zahl der Staatsangehörigen aus diesen Ländern feststellen. Die Zahl der rumänischen Staatsangehörigen in Deutschland ist seit 2004 von rund 73.400 auf rund 884.000 Personen gewachsen. Die Zahl der bulgarischen Staatsangehörigen erhöhte sich im gleichen Zeitraum von rund 39.000 auf rund 430.000 Personen. Der Anstieg bei rumänischen und bulgarischen Staatsangehörigen liegt insbesondere in dem seit 2007 stark angewachsenen Wanderungsüberschuss aus diesen Staaten begründet.

Relativ neu sind die gestiegenen Anteile von ukrainischen (8,7 %), syrischen (6,9 %) und afghanischen (2,8 %) Staatsangehörigen.¹⁷⁶ Diese Entwicklung hängt größtenteils mit der Fluchtmigration in den letzten Jahren zusammen. Die Anzahl der syrischen Staatsangehörigen ist allein zwischen 2015 und 2022 von 366.556 auf 923.805 gewachsen (+152,0 %). Im selben Zeitraum ist die Anzahl von afghanischen Staatsangehörigen um 187,0 % gestiegen. Ende 2022 lebten in Deutschland 1.164.200 ukrainische Staatsangehörige, ihre Zahl ist im Vergleich zum Vorjahr um fast das Achtfache höher (vgl. Abbildung 8-4).

¹⁷⁶ Syrische Staatsangehörige hielten sich dabei am Jahresende 2022 durchschnittlich erst seit 5,7 Jahren in Deutschland auf, afghanische 5,9 Jahre und irakische seit 7,4 Jahren (vgl. hierzu ausführlich Kapitel 8.1.2).

Abbildung 8-4: Entwicklung der ausländischen Bevölkerung nach ausgewählten Staatsangehörigkeiten in den Jahren 2015 bis 2022

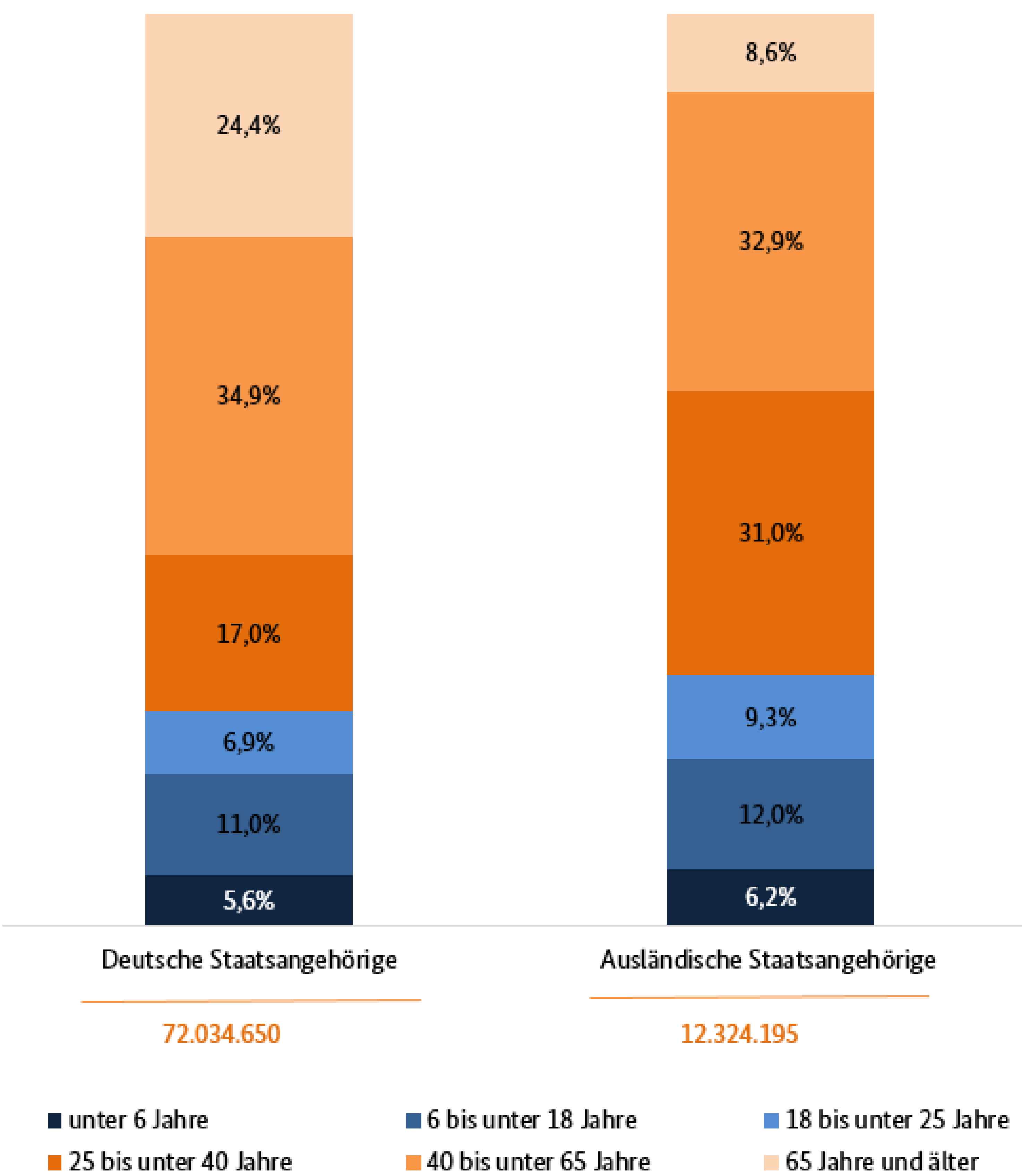


Quelle: Statistisches Bundesamt, Ausländerstatistik (auf Basis AZR)

8.1.1 Alters- und Geschlechtsstruktur

Bei einem Vergleich der Altersstruktur der deutschen und der ausländischen Bevölkerung zeigt sich, dass letztere deutlich jünger ist. So waren 58,6 % der ausländischen Bevölkerung im Jahr 2022 jünger als 40 Jahre, während dies nur auf 40,6 % der deutschen Bevölkerung zutraf (vgl. Abbildung 8-5 und Tabelle 8-7 im Anhang). In den höheren Altersstufen zeigt sich das umgekehrte Bild: 24,4 % der Deutschen sind 65 Jahre und älter, in der ausländischen Bevölkerung macht diese Altersgruppe nur einen Anteil von 8,6 % aus.

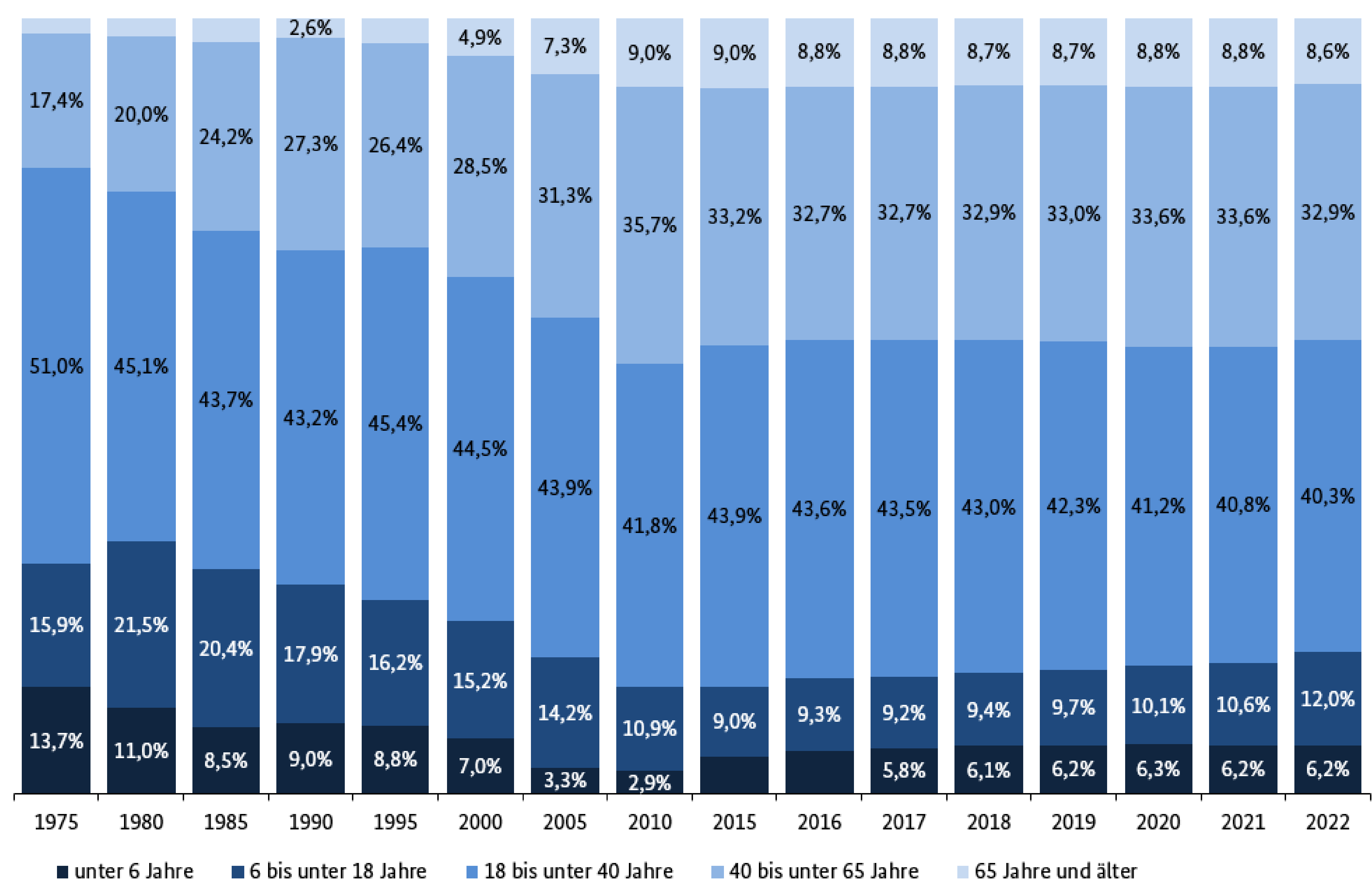
Abbildung 8-5: Altersstruktur der deutschen und ausländischen Bevölkerung am 31. Dezember 2022



Ergebnisse auf Grundlage des Zensus 2011

Quelle: Statistisches Bundesamt, Bevölkerungsfortschreibung

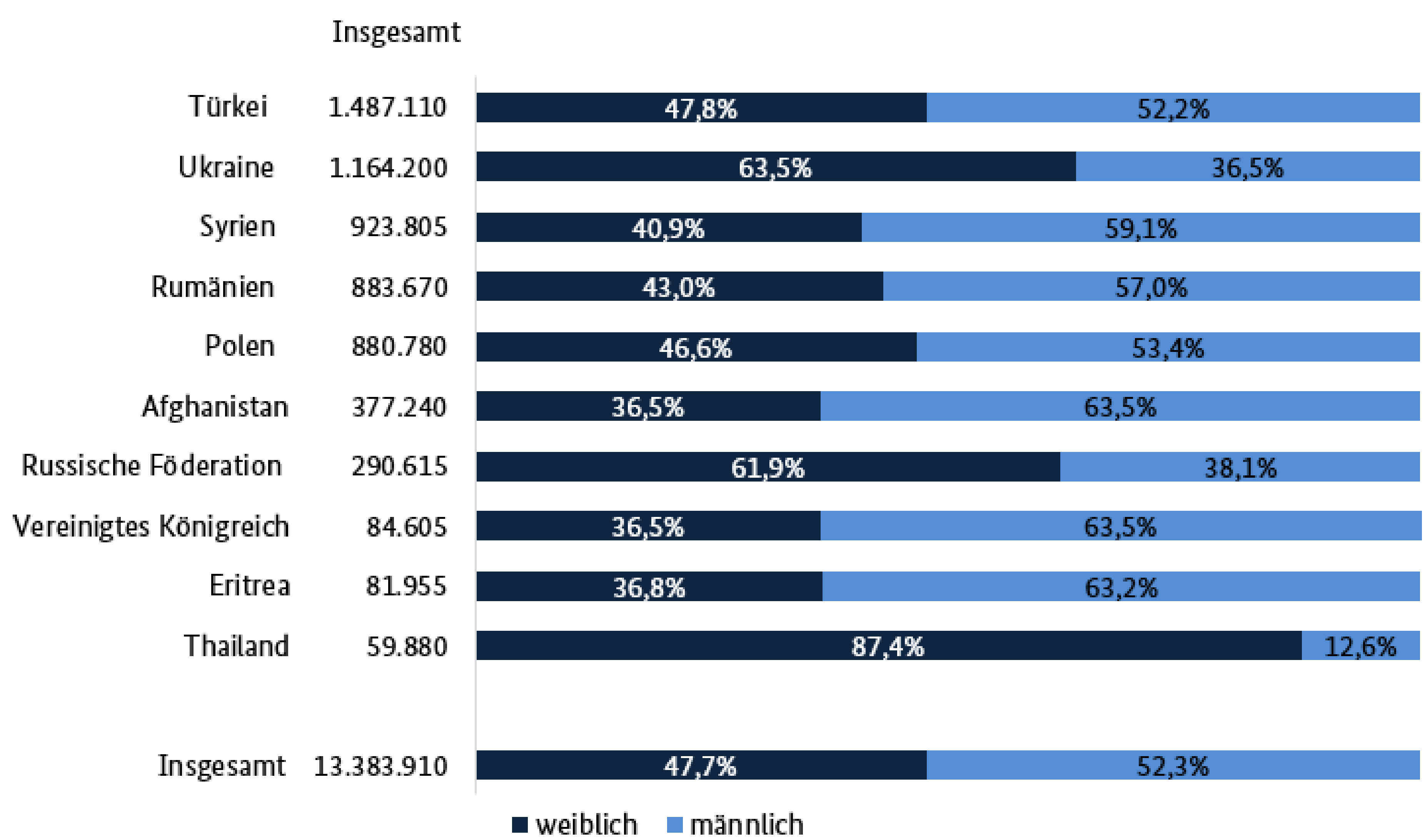
Abbildung 8-6: Altersstruktur der ausländischen Bevölkerung seit 1975



Anmerkung: Werte unter 3 % werden nicht ausgewiesen.
Ab 2011 Ergebnisse auf der Grundlage des Zensus 2011, Berichtsjahr 2010 auf Basis rückgerechneter Ergebnisse des Zensus 2011, Ergebnisse von 1975 bis 2009 auf Grundlage früherer Zählungen.
Quelle: Statistisches Bundesamt, Bevölkerungsfortschreibung

Betrachtet man die Entwicklung der Altersstruktur der ausländischen Bevölkerung über einen langen Zeitraum, so ist festzustellen, dass auch sie von demografischer Alterung gekennzeichnet ist (vgl. Abbildung 8-6). So lag der Anteil der unter 40-Jährigen 1975 noch bei über 80 %, während der Anteil der Personen im Rentenalter unter 2 % betrug. Im Unterschied zur Gruppe der unter 40-Jährigen, die bis 2022 auf unter 60 % geschrumpft ist, ist die Gruppe der über 65-Jährigen auf fast 9 % gewachsen. Insgesamt ist die ausländische Bevölkerung jedoch noch deutlich jünger als die deutsche Bevölkerung. Nach Angaben des AZR sind insgesamt 1,61 Millionen Ausländerinnen und Ausländer bereits in Deutschland geboren, dies entspricht einem Anteil von 12,0 % an der gesamten ausländischen Bevölkerung am Jahresende 2022.

Abbildung 8-7: Geschlechtsstruktur der ausländischen Bevölkerung nach ausgewählten Staatsangehörigkeiten am 31. Dezember 2022



Anmerkung: Abweichungen zu den zuvor berichteten Gesamtsummen pro Staatsangehörigkeit sind durch die vom Statistischen Bundesamt angewandte Fünferrundung bedingt.

Quelle: Statistisches Bundesamt, Ausländerstatistik (auf Basis AZR)

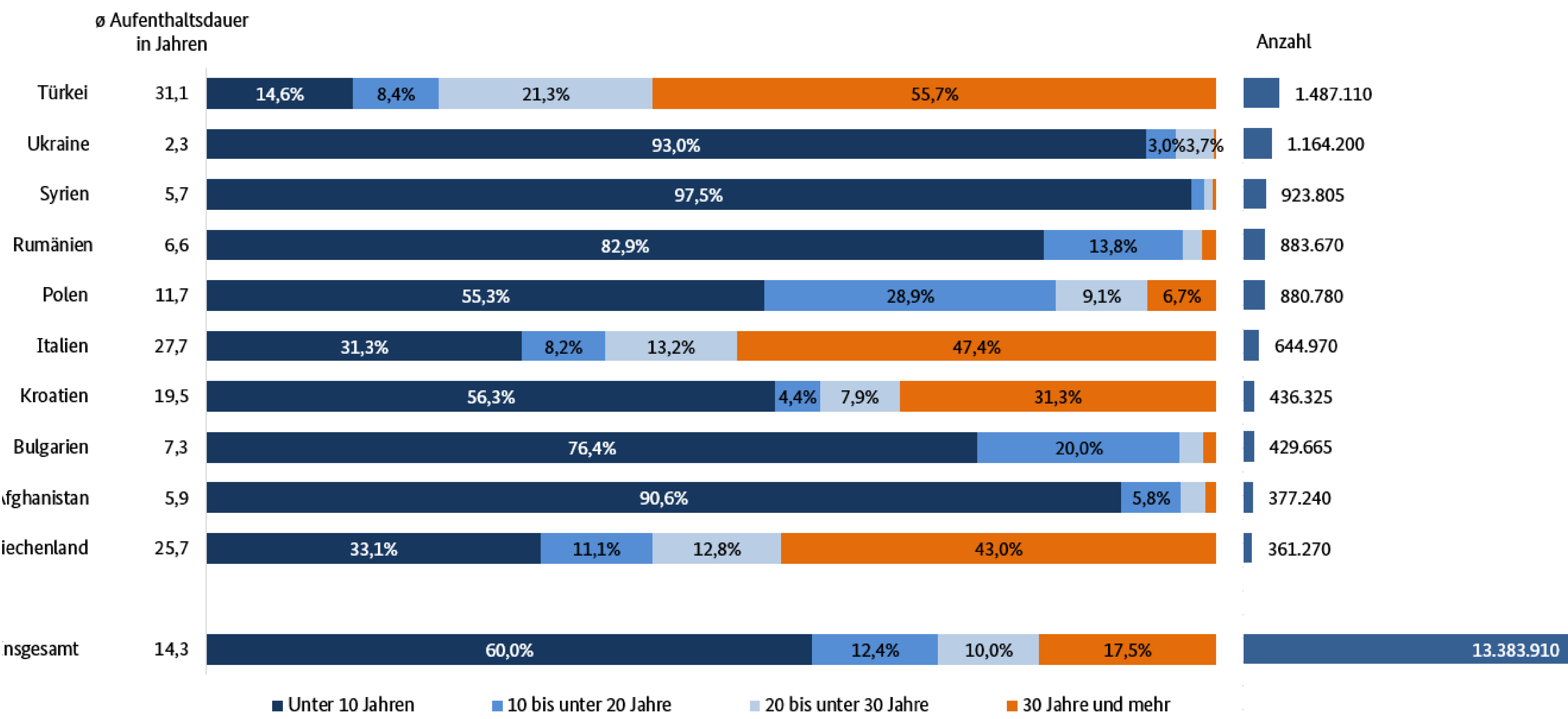
In der ausländischen Bevölkerung war Ende 2022 der Anteil der männlichen Personen mit 52,3 % etwas höher als der Anteil der weiblichen Personen. Entgegen diesem allgemeinen Befund, ist der Anteil der weiblichen Personen bei Staatsangehörigen aus Thailand (87,4%), der Russischen Föderation (61,9 %) und der Ukraine (63,5 %) sehr viel höher. Besonders hohe männliche Anteile sind hingegen beispielsweise bei Staatsangehörigen aus Pakistan (65,1 %), dem Vereinigten Königreich und Afghanistan (jeweils 63,5 %) sowie Eritrea (63,2 %) zu verzeichnen (vgl. Abbildung 8-7 und Tabelle 8-8 im Anhang).

8.1.2 Aufenthaltsdauer und Aufenthaltsstatus

Aufenthaltsdauer

Ende 2022 lebten 40,0 % der ausländischen Bevölkerung seit mindestens 10 Jahren in Deutschland, gut ein Viertel (27,5 %) seit mindestens 20 Jahren und 17,5 % sogar seit 30 Jahren und länger (vgl. Abbildung 8-8 und Tabelle 8-9 im Anhang).

Abbildung 8-8: Aufenthaltsdauer der ausländischen Bevölkerung nach den häufigsten Staatsangehörigkeiten am 31. Dezember 2022



Anmerkung: Werte unter 3 % werden nicht ausgewiesen.

Quelle: Statistisches Bundesamt, Ausländerstatistik (auf Basis AZR)

Unter den nach ausländischer Staatsangehörigkeit größten Gruppen sind einige durch eine deutlich längere Migrationsgeschichte nach Deutschland gekennzeichnet. Dies spiegelt sich auch in der Aufenthaltsdauer wider, insbesondere bei Staatsangehörigen aus den ehemaligen Anwerbeländern, aus denen in den 50er und 60er Jahren Arbeitsmigrantinnen und -migranten nach Deutschland angeworben wurden: 77,0 % der türkischen, 60,5 % der italienischen und 55,8 % der griechischen Staatsangehörigen leben seit mindestens 20 Jahren in Deutschland. Personengruppen mit einer Fluchtgeschichte halten sich hingegen vergleichsweise kurz in Deutschland auf. Unter den syrischen Staatsangehörigen leben 97,5 % weniger als 10 Jahre in Deutschland, bei den ukrainischen Staatsangehörigen beträgt dieser Anteil 93,0 % und bei afghanischen Staatsangehörigen 90,6 %. 82,9 % der Personen aus Rumänien sowie 76,4 % derer aus Bulgarien, die seit 1. Januar 2007 Mitgliedstaaten der EU sind, leben ebenfalls weniger als 10 Jahre in Deutschland.

Die unterschiedlichen Zuwanderungsgeschichten werden auch deutlich, wenn man die durchschnittliche Aufenthaltsdauer betrachtet. Ende 2022 lebten ausländische Staatsangehörige im Schnitt 14,3 Jahre in Deutschland (vgl. Abbildung 8-8 und Tabelle 8-9 im Anhang). Deutlich über diesem Wert liegt die durchschnittliche Aufenthaltsdauer bei Staatsangehörigen aus der Türkei (31,1 Jahre), Österreich (30,0 Jahre), Italien (27,7 Jahre) und Griechenland (25,7 Jahre). Eine bislang niedrige durchschnittliche Aufenthaltsdauer ist bei Staatsangehörigen aus den mittel- und osteuropäischen Staaten zu verzeichnen (Albanien: 5,4 Jahre, Rumänien: 6,6 Jahre, Bulgarien: 7,3 Jahre, Ungarn: 9,7 Jahre, Polen: 11,7 Jahre). Die kürzeste durchschnittliche Aufenthaltsdauer weisen ukrainische Staatsangehörige mit 2,3 Jahren auf. Auch Personen aus Syrien (5,7 Jahre), Afghanistan (5,9 Jahre), dem Irak (7,4 Jahre) und dem Iran (8,3 Jahre) leben im Durchschnitt noch nicht lange in Deutschland, ebenso Staatsangehörige aus China (9,6 Jahre) und Indien (5,7 Jahre). Die beiden zuletzt genannten Herkunftsländer sind für die aktuelle Bildungs- und Erwerbsmigration nach Deutschland bedeutsam (vgl. Kapitel 3.2 und 3.3).

Aufenthaltsstatus

Unter den rund 13,4 Millionen ausländischen Staatsangehörigen besaßen Ende 2022 rund 8,32 Millionen Personen nicht die Staatsangehörigkeit eines EU-Mitgliedstaates (62,2 %) und somit, anders als EU-Staatsangehörige, keine grundsätzliche Personenfreizügigkeit innerhalb der EU (siehe Kapitel 1). Bei der Betrachtung der ausländischen Bevölkerung nach dem Aufenthaltsstatus¹⁷⁷ zeigt sich, dass 59,2 % bzw. 7,9 Millionen ein unbefristetes Aufenthaltsrecht aufwiesen (2021: 65,8 % bzw. 7,8 Millionen Personen) (vgl. Tabelle 8-1).¹⁷⁸ Mehr als ein Viertel der ausländischen Staatsangehörigen waren im Besitz eines befristeten Aufenthaltstitels (26,6 %, rund 3,55 Millionen Personen; 2021: 22,4 %, rund 2,65 Millionen Personen).

Betrachtet man nur die Drittstaatsangehörigen, so besaßen 34,4 % der in Deutschland lebenden Drittstaatsangehörigen (rund 2,9 Millionen Personen) zum Jahresende 2022 ein unbefristetes Aufenthaltsrecht (2021: 40,9 %, 2,8 Millionen Personen). Etwa zwei Fünftel der Drittstaatsangehörigen waren im Besitz eines befristeten Aufenthaltstitels (42,7 % bzw. 3,5 Millionen Personen; 2021: 38,8 % bzw. 2,6 Millionen Personen). 247.505 bzw. 3,0 % aller ausländischen Drittstaatsangehörigen, die sich in Deutschland aufhalten, besaßen eine Duldung (2021: 241.100 bzw. 3,5 %)¹⁷⁹, 3,3 % bzw. 274.805 Drittstaatsangehörige (2021: 229.805 bzw. 3,4 %) eine Aufenthaltsgestattung zur Durchführung von Asylverfahren. 2022 erreichte die Zahl der Personen ohne eine Angabe zum aufenthaltsrechtlichen Status mit 679.005 Personen einen Höchststand (Anteil 8,2 %, 2021: 445.685 Personen bzw. 6,5 %), darunter 161.640 Personen aus der Ukraine (Anteil 23,8 %).¹⁸⁰ Diese Entwicklung ist unter anderem vor dem Hintergrund der Fluchtmigration aus der Ukraine zu betrachten. Kriegsgeflüchtete aus der Ukraine können sich bis zu 3 Monaten ohne Visum bzw. gültigen Aufenthaltstitel in Deutschland aufhalten. Hinzu kommt, dass Verzögerungen bei der Antragsbearbeitung, die Erfassung von Dubletten sowie verzögerte bzw. nicht erfolgte Erfassung von Ausreisenden vermehrt auftreten können.¹⁸¹

¹⁷⁷ Zum rechtlichen Rahmen der einzelnen Aufenthaltstitel vgl. BMI & BAMF 2013, S. 169f.

¹⁷⁸ Hierzu zählen beispielsweise EU-Staatsangehörige sowie Drittstaatsangehörige mit einer Niederlassungserlaubnis.

¹⁷⁹ Unter den ausländischen Staatsangehörigen mit einer Duldung lebten zum 31. Dezember 2022 114.357 mit einer Aufenthaltsdauer von mehr als 6 Jahren in Deutschland. Vgl. Deutscher Bundestag 2023c, S. 35.

¹⁸⁰ Dazu zählen Personen ohne gültigen Aufenthaltstitel oder eine Aufenthaltsgestattung bzw. Duldung. Es kann nicht ausgeschlossen werden, dass sich ein Teil dieser Personen nicht mehr in Deutschland aufhält. Wenn keine Abmeldung seitens der Personen oder der Meldebehörden erfolgt, ist eine Registrierung im AZR weiterhin gegeben.

¹⁸¹ Vgl. hierzu auch den Qualitätsbericht des Statistischen Bundesamts (Statistisches Bundesamt 2023d, S. 7f.).

Tabelle 8-1: Aufenthaltsrechtlicher Status der ausländischen Bevölkerung aus Drittstaaten nach ausgewählten Staatsangehörigkeiten am 31. Dezember 2022

Staatsangehörigkeit	Insgesamt	kein Aufenthaltstitel nach nationalem Recht erforderlich		Aufenthaltstitel nach nationalem Recht erforderlich												
		mit EU-Freizügigkeit	vom Erfordernis auf einen Aufenthaltstitel befreit, heimatlose Ausländerinnen und Ausländer	mit Aufenthaltstitel								Antrag auf Aufenthaltstitel gestellt	ohne Aufenthaltstitel			
				insgesamt	zeitlich unbefristet	zeitlich befristet	darunter						Insgesamt	Duldung	Aufenthalts-gestattung	ohne Duldung oder Gestattung
							zum Zweck der Ausbildung	zum Zweck der Erwerbstätigkeit	völkerrechtliche, humanitäre, politische Gründe	familiäre Gründe	besondere Aufenthaltsrechte					
Türkei	1.487.110	7.665	2.845	1.352.680	1.149.950	202.725	9.560	13.955	32.145	114.585	32.480	38.375	85.550	9.375	33.580	42.595
Ukraine	1.164.200	6.945	550	825.490	79.440	746.050	4.620	8.340	708.275	22.755	2.065	163.795	167.420	2.590	3.190	161.640
Syrien	923.805	445	20	725.550	84.195	641.355	2.565	2.505	540.300	92.240	3.750	90.675	107.115	7.255	54.625	45.230
Afghanistan	377.240	405	10	241.750	24.040	217.715	575	2.985	195.155	17.795	1.200	33.280	101.795	21.220	45.135	35.435
Russische Föderation	290.615	4.435	85	226.470	144.715	81.755	7.235	11.755	18.990	39.765	4.010	15.680	43.950	14.270	8.995	20.685
Irak	284.595	575	5	179.910	34.805	145.105	545	1.040	118.850	22.675	1.995	23.690	80.415	32.415	30.115	17.885
Kosovo	280.850	4.535	20	231.240	112.690	118.545	2.040	23.135	13.835	72.410	7.130	27.360	17.695	4.845	365	12.490
Serbien	263.065	14.480	155	195.300	120.485	74.815	1.175	19.405	14.740	36.710	2.785	24.120	29.005	8.970	1.245	18.790
Bosnien und Herzegowina	233.775	9.395	35	191.105	115.345	75.765	1.985	27.065	4.735	37.885	4.095	16.940	16.300	2.680	410	13.210
Indien	210.385	3.135	90	156.705	34.250	122.455	28.120	43.785	1.280	44.880	4.390	24.745	25.710	4.320	1.055	20.340
China	149.550	1.660	40	119.370	44.635	74.730	33.260	18.000	2.250	18.940	2.280	16.165	12.315	1.590	355	10.375
Nordmazedonien	146.380	17.110	20	94.895	48.465	46.430	435	15.820	5.505	21.770	2.900	12.935	21.415	5.475	2.740	13.205
Iran	143.555	445	15	93.480	25.275	68.205	8.340	8.200	34.560	15.315	1.790	12.745	36.875	10.680	15.375	10.825
Vereinigte Staaten	121.420	2.930	2.060	98.705	51.910	46.795	7.590	16.765	335	16.800	5.295	8.375	9.350	130	25	9.195
Vietnam	120.535	840	20	97.225	49.660	47.565	10.405	4.810	4.780	23.745	3.825	8.905	13.545	1.795	455	11.300
Albanien	108.555	8.485	10	62.425	9.250	53.175	2.960	17.080	6.640	21.880	4.615	11.405	26.235	4.675	1.520	20.040
Marokko	95.095	7.170	195	62.255	30.310	31.945	7.565	2.805	2.000	16.365	3.210	9.970	15.505	2.840	1.155	11.510
Vereinigtes Königreich	84.605	48.645	920	9.505	3.810	5.695	580	2.740	50	1.280	1.045	2.985	22.545	25	.	22.520
Pakistan	84.250	2.560	15	55.185	13.915	41.270	4.805	5.005	8.955	18.405	4.105	8.410	18.080	7.345	3.695	7.040

Nigeria	83.470	1.305	10	41.120	6.770	34.350	2.415	2.265	14.490	13.850	1.330	8.885	32.155	15.685	8.145	8.325
Eritrea	81.955	20	.	66.170	9.020	57.145	60	30	52.870	4.045	145	7.160	8.605	1.560	2.850	4.195
Thailand	59.880	1.095	15	53.955	39.640	14.315	1.240	1.160	140	10.125	1.650	2.540	2.275	85	20	2.170
Brasilien	55.710	5.375	35	40.480	15.480	25.005	4.915	7.205	175	11.655	1.050	5.380	4.440	135	60	4.245
Somalia	55.470	40	.	36.420	3.210	33.210	20	60	28.610	4.180	340	5.215	13.790	4.420	5.520	3.855
Kasachstan	48.655	320	10	41.985	27.655	14.330	1.265	810	720	10.045	1.490	2.795	3.545	310	150	3.080
Tunesien	48.295	1.250	90	33.465	12.890	20.575	5.985	4.130	730	8.730	1.000	5.790	7.705	1.105	1.505	5.095
Ägypten	47.430	710	5	32.560	8.545	24.010	4.635	4.630	3.235	10.705	805	5.185	8.970	1.845	1.250	5.880
Ghana	45.555	1.495	10	30.315	10.825	19.490	1.305	765	3.535	12.340	1.545	4.955	8.780	3.630	520	4.635
Libanon	45.525	475	10	29.120	9.570	19.545	1.165	1.305	6.710	9.670	700	4.310	11.610	6.445	2.300	2.865
Moldau	45.345	15.180	5	9.130	5.775	3.355	215	245	1.420	1.245	225	1.505	19.525	3.610	1.490	14.420
Georgien	44.390	1.615	10	17.505	5.590	11.915	2.485	2.405	3.700	3.040	285	3.150	22.110	4.700	7.475	9.935
Insgesamt	8.319.395	242.880	9.745	6.162.645	2.609.055	3.553.590	228.755	351.405	1.950.155	898.265	125.005	702.810	1.201.310	247.505	274.805	679.005

Quelle: Statistisches Bundesamt, Ausländerstatistik (auf Basis AZR)

Mit Blick auf den Aufenthaltsstatus nach Staatsangehörigkeiten zeigt sich, dass Ende 2022 78,0 % der türkischen Staatsangehörigen ein unbefristetes Aufenthaltsrecht innehatten. Auch bei Personen aus Thailand (68,1%) und dem Vereinigten Königreich (63,1%) ist ein hoher Anteil an unbefristeten Aufenthaltsrechten festzustellen (63,1 %). Bei Staatsangehörigen aus Kasachstan lag dieser Anteil bei 57,5 %. Von den ukrainischen Staatsangehörigen hatten dagegen nur 7,5 % einen unbefristeten Aufenthaltstitel inne. Die Mehrheit der ukrainischen Staatsangehörigen besitzt einen humanitären Titel (708.275 Personen bzw. 60,8 %). 161.640 bzw. 13,9 % der Personen aus der Ukraine hatten Ende 2022 noch keinen gültigen Aufenthaltsstatus inne. Auch Staatsangehörige aus Afghanistan (6,5 %), Syrien (9,2 %) und dem Irak (12,4 %) haben vergleichsweise selten ein unbefristetes Aufenthaltsrecht. Ein hoher Anteil der syrischen (58,5 %) und afghanischen (51,7 %) Staatsangehörigen besitzt eine befristete Aufenthaltserlaubnis aus völkerrechtlichen, humanitären oder politischen Gründen. 50,0 % der chinesischen und 58,2 % der indischen Staatsangehörigen hatten ebenfalls eine befristete Aufenthaltserlaubnis, hier überwiegend zum Zweck der Ausbildung und Erwerbstätigkeit (vgl. Tabelle 8-1).

8.2 Geburten

Die Entwicklung der ausländischen Bevölkerung wird von verschiedenen demografischen Faktoren beeinflusst. Neben den Zu- und Abwanderungen bedingen auch die Geburtenentwicklung und die Sterblichkeit Struktur und Umfang dieser Personengesamtheit.

Ein Kind ausländischer Eltern erwirbt neben deren Staatsangehörigkeit(en) nach deren jeweiligem nationalen Recht die deutsche Staatsangehörigkeit mit Geburt in Deutschland (Geburtsortprinzip = ius soli), sofern ein Elternteil seit mindestens 8 Jahren rechtmäßig seinen gewöhnlichen Aufenthalt in Deutschland hat und ein unbefristetes Aufenthaltsrecht besitzt (§ 4 Abs. 3 StAG).¹⁸² Soweit diese Kinder nicht im Inland aufgewachsen sind, durch Geburt eine andere ausländische Staatsangehörigkeit als die eines EU-Mitgliedstaates oder der Schweiz besitzen und innerhalb eines Jahres nach Vollendung des 21. Lebensjahres einen Hinweis der örtlich zuständigen Staatsangehörigkeitsbehörde erhalten, dass sie sich für eine Staatsangehörigkeit zu entscheiden haben, müssen sie innerhalb von 2 Jahren nach Zustellung dieses Hinweises erklären, ob sie die deutsche oder die ausländische Staatsangehörigkeit behalten wollen (Optionspflicht, § 29 Abs. 1 StAG).¹⁸³ Im Inland aufgewachsen sind sie, wenn sie sich bis zur Vollendung des 21. Lebensjahres 8 Jahre gewöhnlich in Deutschland aufgehalten oder 6 Jahre eine Schule besucht haben oder hier einen Schulabschluss erworben oder eine Berufsausbildung abgeschlossen haben oder im Einzelfall einen vergleichbar engen Bezug zu Deutschland haben und für sie die Optionspflicht nach den Umständen des Falles eine besondere Härte bedeuten würde (§ 29 Abs. 1a StAG).

Erklären von der Optionspflicht betroffene Personen, dass sie die ausländische Staatsangehörigkeit behalten wollen, verlieren sie die deutsche Staatsangehörigkeit (§ 29 Abs. 2 StAG). Entscheiden sie sich für die deutsche Staatsangehörigkeit, müssen sie nachweisen, dass sie die ausländische Staatsangehörigkeit aufgegeben oder verloren haben (§ 29 Abs. 3 StAG). Tritt der Verlust der ausländischen Staatsangehörigkeit nicht innerhalb von 2 Jahren nach Zustellung des Hinweises über die Erklärungspflicht ein, geht die deutsche Staatsangehörigkeit verloren, es sei denn, die zuständige Behörde hat vorher auf Antrag des Erklärungspflichtigen oder von Amts wegen die Beibehaltung der deutschen Staatsangehörigkeit genehmigt (Beibehaltungsgenehmigung). Auch in Deutschland geborene Kinder ausländischer Eltern, die durch Einbürgerung nach § 40b StAG¹⁸⁴ unter den

¹⁸² Die Regelung gilt seit der Reform des Staatsangehörigkeitsgesetzes zum 1. Januar 2000. Vgl. zum Reformprozess im Detail BMI & BAMF 2013, S. 173. Gleiches gilt für Staatsangehörige der Schweiz oder deren Familienangehörige, die eine Aufenthaltserlaubnis aufgrund des Abkommens vom 21. Juni 1999 zwischen der Europäischen Gemeinschaft und ihren Mitgliedstaaten einerseits und der Schweizer andererseits über die Freizügigkeit besitzen.

¹⁸³ § 29 StAG in der Fassung des Zweiten Gesetzes zur Änderung des Staatsangehörigkeitsgesetzes vom 13. November 2014 (BGBl. 2014 Teil I Nr. 52: 1714), in Kraft seit 20. Dezember 2014.

¹⁸⁴ Gemäß § 40b StAG konnte vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2000 für ausländische Kinder, die sich rechtmäßig in Deutschland aufgehalten und das 10. Lebensjahr noch nicht vollendet hatten und bei deren Geburt die Voraussetzungen des § 4 Abs. 3 StAG vorlagen, von den Eltern ein

Voraussetzungen des § 4 Abs. 3 StAG (ius soli) die deutsche Staatsangehörigkeit durch Antrag im Jahr 2000 erworben haben, sind vom sogenannten Optionsverfahren nach § 29 StAG betroffen.

Datenquelle zu „Geburten ausländischer Kinder“ sowie zu „von ausländischen Eltern oder einem ausländischen Elternteil geborenen Kindern“ ist die Geburtenstatistik¹⁸⁵ als eine der Statistiken der natürlichen Bevölkerungsbewegung, die vom Statistischen Bundesamt erstellt und veröffentlicht wird.

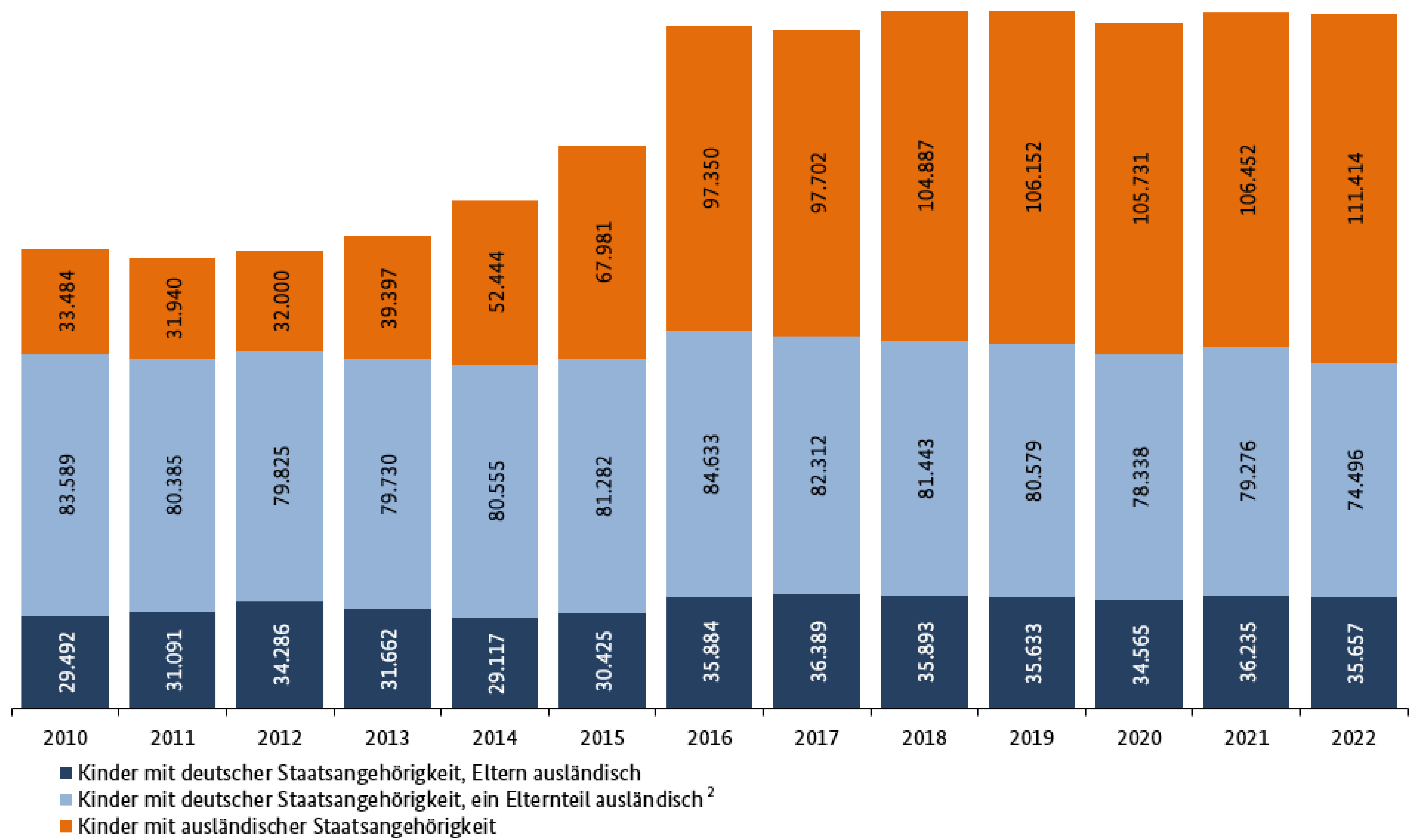
Von 1992 bis 1999 wurden jährlich etwa um die 100.000 Kinder mit (ausschließlich) ausländischer Staatsangehörigkeit in Deutschland geboren. Dies entsprach jeweils einem Anteil von ca. 13 % aller in Deutschland geborenen Kinder. Nach der Einführung des ius-soli-Prinzips am 1. Januar 2000 durch § 4 Abs. 3 StAG, wodurch Kinder ausländischer Eltern unter den oben genannten Bedingungen neben der ausländischen automatisch auch die deutsche Staatsangehörigkeit mit der Geburt erhalten, hat sich die Zahl der in Deutschland geborenen Kinder mit ausschließlich ausländischer Staatsangehörigkeit im Jahr 2000 im Vergleich zum Vorjahr fast halbiert. Sie ist bis zum Jahr 2006 weiter gesunken, was allerdings nicht allein mit der Änderung des Staatsangehörigkeitsrechtes zusammenhängt, da auch die Geburtenzahlen insgesamt in dieser Periode sanken. In den Folgejahren wurde wieder ein Anstieg beobachtet. Im Jahr 2022 wurden 111.414 Kinder mit ausländischer Staatsangehörigkeit geboren gegenüber 106.452 im Jahr 2021. Der Anteil der ausländischen Kinder im Jahr 2022 an allen in Deutschland geborenen Kindern betrug 15,1 % (2021: 13,4 %) (vgl. Abbildung 8-9 und Tabelle 8-10 im Anhang).

Die Zahl der von ausländischen Eltern geborenen Kinder mit deutscher Staatsangehörigkeit betrug im Jahr der Einführung (2000) der ius-soli-Regelung 41.257. In den folgenden Jahren gab es mehrfach Rückgänge und dann erneute Anstiege der Zahlen. Besonders deutliche Zunahmen in diesem Zeitraum waren 2005, 2012 und 2016 zu beobachten. Im Jahr 2022 wurden in Deutschland 35.657 Kinder mit deutscher Staatsangehörigkeit geboren, die zwei ausländische Elternteile hatten. Damit wurde ein Rückgang im Vergleich zum Vorjahr um 1,6 % registriert (2021: 36.235 Kinder) (vgl. Abbildung 8-9). Insgesamt erhielten bis einschließlich 2022 rund 802.000 Kinder, die seit der Reform des Staatsangehörigkeitsrechts von ausländischen Eltern in Deutschland geboren wurden, die deutsche Staatsangehörigkeit.

Einbürgerungsantrag gestellt werden. Die ursprüngliche, von den Eltern weitergegebene Staatsangehörigkeit konnte beibehalten werden. Die betroffenen jungen Erwachsenen müssen ebenfalls erklären, ob sie die deutsche oder die ausländische Staatsangehörigkeit behalten wollen (§ 29 StAG). Vgl. hierzu Worbs 2014.

¹⁸⁵ Ausgewiesen werden hier die Lebendgeborenen.

Abbildung 8-9: Lebendgeborene mit ausländischer Staatsangehörigkeit bzw. mit ausländischer Staatsangehörigkeit mindestens eines Elternteils in Deutschland seit 2010¹



1) 2013, 2014 und 2015 sind aus verfahrenstechnischen Gründen Kinder ausländischer Eltern mit deutscher Staatsangehörigkeit unterzeichnet und damit Kinder ausländischer Staatsangehörigkeit überzeichnet.

2) Kinder einer unverheirateten deutschen Mutter und eines ausländischen Vaters sind in diesen Zahlen nicht enthalten. Im Jahr 2022 waren dies 14.013 Kinder.

Quelle: Statistisches Bundesamt

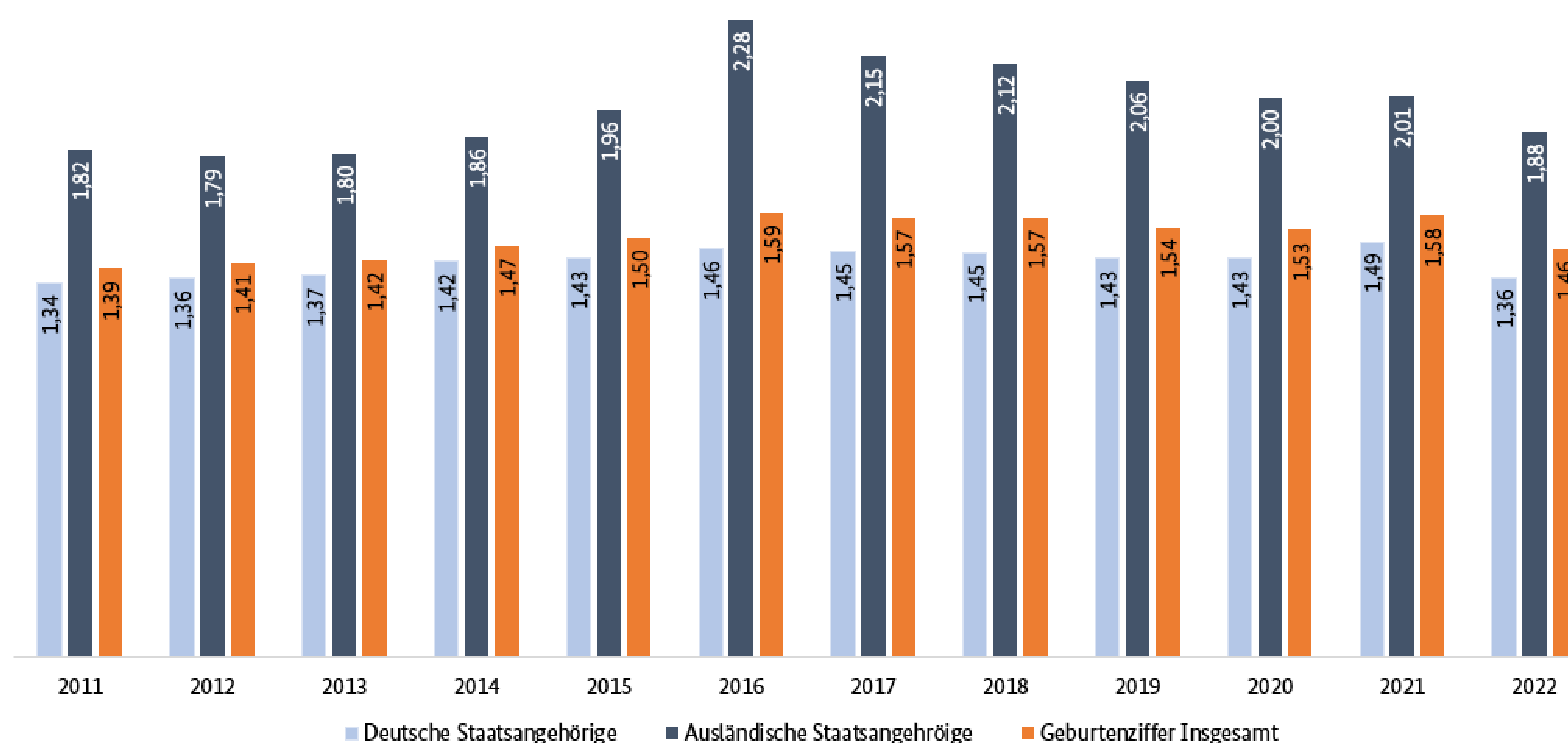
Von den Ende 2022 in Deutschland lebenden 13.383.910 ausländischen Staatsangehörigen waren 12,0 % im Inland geboren (nach AZR-Angaben). Insbesondere Staatsangehörige aus den ehemaligen Anwerbeländern weisen einen überdurchschnittlich hohen Anteil an in Deutschland geborenen Personen auf. So waren zum Ende des Jahres 2022 25,4 % der türkischen, 23,9 % der italienischen und 20,1 % der im AZR registrierten griechischen Staatsangehörigen im Inland geboren (vgl. Tabelle 8-11 im Anhang). Dagegen lagen die Anteile bei Staatsangehörigen aus Drittstaaten wie der Ukraine (0,9 %), den Vereinigten Staaten (4,5 %), Indien (4,7 %) sowie dem Iran (5,1 %), China (5,3 %) und der Russischen Föderation (5,2 %), aber auch aus den EU-Staaten Ungarn (6,0 %), Polen (6,5 %) sowie Rumänien und Bulgarien (je 8,2 %) deutlich niedriger.

Von den ausländischen Staatsangehörigen unter 18 Jahren waren im Jahr 2022 von 2.278.670 Personen etwas mehr als ein Drittel (35,0 %) in Deutschland geboren. Von den unter 18-jährigen türkischen Staatsangehörigen waren es bereits 49,1 %. Auch bei nigerianischen (69,0 %), vietnamesischen (65,1 %), chinesischen (55,5 %) und niederländischen (54,9 %) Staatsangehörigen war der Anteil von in Deutschland Geborenen überproportional hoch. Dagegen waren die entsprechenden Anteile beispielsweise bei Staatsangehörigen aus der Ukraine (2,4 %), den Vereinigten Staaten (18,0 %), Afghanistan (26,7 %), Spanien (31,3 %) und Albanien (31,6 %) vergleichsweise gering.

Die Entwicklung der Geburtenzahl hängt – neben der Anzahl der potenziellen Mütter – mit dem Geburtenverhalten der Frauen zusammen. Bei ausländischen Frauen kann man eine höhere Geburtenhäufigkeit als bei den deutschen Frauen beobachten. Die Geburtenziffer insgesamt stieg zuerst zwischen 2011 und 2016 von 1,39 auf 1,59 Kinder pro Frau und ging anschließend auf 1,53 Kinder pro Frau im Jahr 2020 zurück. Im Jahr 2021 stieg sie wieder auf 1,58 Kinder pro Frau und sank dann im Jahr 2022 deutlich auf 1,46 Kinder pro Frau. Sowohl die Steigerung als auch der Rückgang fielen dabei bei Frauen mit ausländischer Staatsangehörigkeit stärker aus als bei

Frauen mit deutscher Staatsangehörigkeit. Zwischen 2011 und 2016 nahm die Geburtenziffer der ausländischen Frauen von 1,82 auf 2,28 zu und sank dann bis 2020 auf 2,00 Kinder pro Frau. Anders als bei den deutschen Frauen blieb die Geburtenziffer der Ausländerinnen im Jahr 2021 fast konstant. Im Jahr 2022 verringerte sie sich weiter auf 1,88 Kinder pro Frau. Bei Frauen mit deutscher Staatsangehörigkeit betrug die zusammengefasste Geburtenziffer im Jahr 2011 nur 1,34 Kinder pro Frau, stieg dann bis 2016 auf 1,46 und sank anschließend auf 1,43 Kinder pro Frau im Jahr 2020. Im Jahr 2021 stieg sie vorübergehend wieder auf 1,49 Kinder pro Frau und sank dann 2022 auf 1,36 Kinder pro Frau (vgl. Abbildung 8-10).¹⁸⁶

Abbildung 8-10: Zusammengefasste Geburtenziffer seit 2011 nach Staatsangehörigkeit



Quelle: Statistisches Bundesamt

Der insgesamt zu beobachtende Anstieg der Geburtenhäufigkeit in Deutschland im vergangenen Jahrzehnt war vor allem auf die Verjüngung und Zunahme der ausländischen weiblichen Bevölkerung in Deutschland zurückzuführen. Ebenso spielte die Zusammensetzung der Herkunftsländer und die dort vorfindbare Geburtenhäufigkeit eine Rolle. So war die Zuwanderung in den Jahren 2014 bis 2016 u. a. von weiblichen Schutzsuchenden aus dem Nahen und Mittleren Osten sowie aus Afrika geprägt, wo es vergleichsweise hohe Geburtenziffern gibt.¹⁸⁷ Auch der Rückgang der Geburtenziffer bei ausländischen Frauen von 2,28 im Jahr 2016 auf 1,88 im Jahr 2022 hängt in erster Linie mit der sinkenden Geburtenhäufigkeit bei den Syrerinnen und Irakerinnen zusammen, also bei den Zuwanderinnen, die überwiegend als Schutzsuchende zwischen 2014 und 2016 nach Deutschland kamen. Außerdem nahm die Geburtenziffer auch bei anderen stark vertretenen Frauengruppen, zum Beispiel Polinnen und Türcinnen¹⁸⁸, ab.

8.3 Sterbefälle

Personen mit Migrationshintergrund inklusive der ausländischen Bevölkerung weisen eine deutlich jüngere Altersstruktur auf als die Bevölkerung ohne Migrationshintergrund. Infolgedessen werden bei der ausländischen Bevölkerung im Vergleich zum Anteil an der Gesamtbevölkerung nur relativ wenige Sterbefälle beobachtet (vgl. Tabelle 8-2). Allerdings ist die Zahl ausländischer Personen, die älter als 65 Jahre sind, zwischen 1990 und 2022

¹⁸⁶ Vgl. Statistisches Bundesamt 2023e.

¹⁸⁷ Vgl. Pötzsch 2018, S. 75f.

¹⁸⁸ Vgl. Statistisches Bundesamt 2020b.

von rund 146.000 auf 1.206.595 (nach AZR-Angaben) gestiegen. Damit hat sich der Anteil dieser Altersgruppe an allen ausländischen Personen von 2,6 % (1990) auf 9,0 % (2022) erhöht.

Auch für Personen mit Migrationshintergrund ist eine demografische Alterung gemäß Mikrozensus festzustellen. Die Zahl an Älteren (65 Jahre und älter) erhöhte sich von rund 1,2 Millionen im Jahr 2005 auf rund 2,5 Millionen Personen im Jahr 2022. Damit stieg ihr Anteil an allen Personen mit Migrationshintergrund von 7,8 % auf 10,6 %. Dieser Trend wird sich bei gegebener demografischer Entwicklung fortsetzen¹⁸⁹, sodass verstärkt auch ältere Migrantinnen und Migranten von Erkrankungen und Pflegebedürftigkeit betroffen und als Nutzende des Gesundheits- und Pflegesystems zu berücksichtigen sind.¹⁹⁰ Erkenntnisse zum Gesundheits- bzw. Krankheitszustand und zur Sterblichkeit dieser Bevölkerungsgruppe werden somit immer wichtiger.

Datenquelle zu Sterbefällen ausländischer Personen ist die Sterbefallstatistik als Bestandteil der Statistik der natürlichen Bevölkerungsbewegung, die vom Statistischen Bundesamt erstellt und veröffentlicht wird.¹⁹¹ Tabelle 8-2 zeigt, dass die absolute Zahl der Sterbefälle von Ausländerinnen und Ausländern seit 2010 bis 2021 kontinuierlich anstieg, 2022 im Vergleich zum Vorjahr jedoch leicht zurückging, um 0,1 %. Ihr Anteil an allen Sterbefällen in Deutschland ist immer noch gering und lag 2022 mit 4,0 % deutlich unter dem Bevölkerungsanteil (nach der Bevölkerungsfortschreibung) von 14,6 %. Anders als in den Vorjahren, war der Anstieg der Sterbefallzahlen bei der deutschen Bevölkerung (+4,4 %) deutlicher ausgeprägt als bei der Bevölkerung mit ausländischer Staatsangehörigkeit bzw. überhaupt ein Anstieg vorhanden, während bei letzterer der Wert 2022 leicht sank (vgl. Tabelle 8-2).

Tabelle 8-2: Sterbefälle deutscher und ausländischer Personen seit 2010

Jahr	Sterbefälle		Anteil ausländischer Sterbefälle an allen Sterbefällen	Anteil ausländischer Bevölkerung an gesamter Bevölkerung
	Deutsche	Ausländische Staatsangehörige		
2010	838.587	20.181	2,3%	8,8%
2011	831.955	20.373	2,4%	7,9%
2012	847.760	21.822	2,5%	8,3%
2013	870.330	23.495	2,6%	8,7%
2014	844.206	24.150	2,8%	9,3%
2015	898.083	27.117	2,9%	10,5%
2016	881.240	29.659	3,3%	11,2%
2017	901.514	30.749	3,3%	11,7%
2018	922.524	32.350	3,4%	12,2%
2019	905.649	33.871	3,6%	12,5%
2020	948.325	37.247	3,8%	12,7%
2021	980.516	43.171	4,2%	13,1%
2022	1.023.200	43.141	4,0%	14,6%

Anmerkung: Umstellung der Bevölkerungszahlen auf neue Volkszählungs- bzw. Zensusergebnisse im Jahr 2011. Anteil der ausländischen Bevölkerung in der letzten Spalte gemäß Bevölkerungsfortschreibung.

Quelle: Statistisches Bundesamt

Der Vergleich mit internationalen Erkenntnissen zeigt, dass in Deutschland annähernd die gleichen Entwicklungen und Muster der Sterblichkeit von weiblichen und männlichen Personen mit Migrationshintergrund

¹⁸⁹ Vgl. Kohls 2012, S. 15.
¹⁹⁰ Vgl. Die Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration 2014, S. 268f. Gleichzeitig ist jedoch zu berücksichtigen, dass die gestiegene Erwerbsmigration der letzten Jahre zum Anstieg der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung beiträgt, wovon die Sozialversicherungen durch höhere Beitragseinnahmen profitieren haben.
¹⁹¹ Zu weiteren Datenquellen und detaillierten Analysen des Geburtenverhaltens von Frauen mit Migrationshintergrund bzw. mit ausländischer Staatsangehörigkeit vgl. Kohls 2012, S. 101ff. sowie Schmid & Kohls 2011.

festzustellen sind wie in charakteristischen Zuwanderungsländern.¹⁹² In Abhängigkeit von Alter, Herkunftsland, Aufenthaltsdauer, Aufenthaltsstatus und sozialer Lage sind vergleichsweise viele Konstellationen zu beobachten, in denen Zuwanderinnen und Zuwanderer niedrigere Sterblichkeitsrisiken als Deutsche aufweisen.

In Deutschland haben vor allem jüngere Zuwanderinnen und Zuwanderer mit geringer Aufenthaltszeit besonders niedrige Sterberisiken. So zeigen Zugewanderte aus weniger entwickelten Ländern vor allem in der Zeit kurz nach der Zuwanderung besonders niedrige Gesundheits- und Sterberisiken. Bei dieser Gruppe wirkt sich der „Healthy-Migrant-Effect“, d. h. die Tatsache, dass tendenziell eher gesündere Personen auswandern, erheblich aus. Im Inland geborene Nachkommen von Migrantinnen und Migranten weisen dagegen eher eine überdurchschnittliche Sterblichkeit auf.¹⁹³

8.4 Einbürgerungen

Der Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit erfolgt in der Regel durch Geburt (siehe dazu Kapitel 8.2) oder durch Einbürgerung. Durch die Reform des Staatsangehörigkeitsrechts am 1. Januar 2000¹⁹⁴ wurden das Abstammungsprinzip durch das Geburtsortprinzip ergänzt sowie die notwendigen Aufenthaltszeiten für eine Einbürgerung verkürzt: Ausländerinnen und Ausländer haben nach 8 Jahren rechtmäßigen gewöhnlichen Aufenthalts in Deutschland unter Erfüllung bestimmter Voraussetzungen einen Anspruch auf Einbürgerung (§ 10 Abs. 1 StAG). Ehepartnerinnen und Ehepartner sowie minderjährige Kinder können mit eingebürgert werden, auch wenn sie sich noch nicht seit 8 Jahren im Bundesgebiet aufhalten (§ 10 Abs. 2 StAG).

Bei erfolgreicher Teilnahme an einem Integrationskurs wird die Frist für eine Anspruchseinbürgerung auf 7 Jahre verkürzt (§ 10 Abs. 3 S. 1 StAG). Bei Vorliegen besonderer Integrationsleistungen, beispielsweise beim Nachweis von Sprachkenntnissen, die über das Niveau B1 des Gemeinsamen Europäischen Referenzrahmens hinausgehen, bei besonders guten schulischen, berufsqualifizierenden oder beruflichen Leistungen oder von bürgerschaftlichem Engagement kann die Frist auf bis zu 6 Jahre verkürzt werden (§ 10 Abs. 3 S. 2 StAG). Die statistischen Angaben zu den Einbürgerungen werden vom Statistischen Bundesamt jährlich in der Einbürgerungsstatistik veröffentlicht (§ 36 StAG).

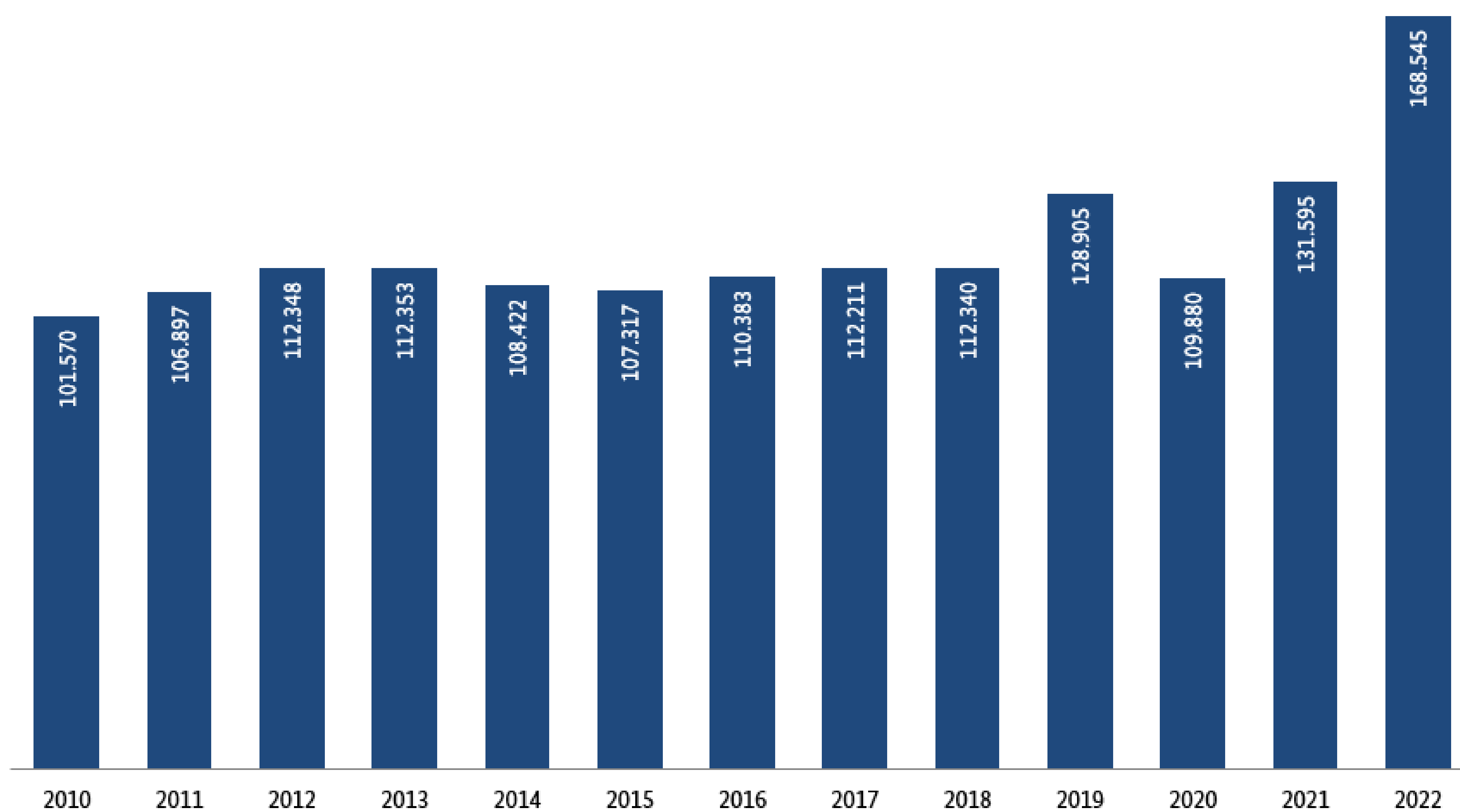
Die Bundesregierung hat am 23. August 2023 einen Gesetzentwurf zur Modernisierung des Staatsangehörigkeitsrechts im Kabinett beschlossen. Dabei wird u.a. der Grundsatz der Vermeidung von Mehrstaatigkeit sowie wie die Optionsregelung beim Ius-Soli Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit aufgegeben. Außerdem wird die Frist zur Anspruchseinbürgerung auf 5 Jahre verkürzt, bei besonderen Integrationsleistungen sogar bis auf 3 Jahre. Auswirkungen auf das Einbürgerungsgeschehen im Jahr 2022 ergeben sich hieraus noch nicht.

¹⁹² Vgl. Kohls 2012, S. 185.

¹⁹³ Vgl. Kohls 2012, S. 319 und Kohls 2015, S. 524.

¹⁹⁴ Mit dem Inkrafttreten des Zuwanderungsgesetzes am 1. Januar 2005 wurden zudem die bislang im Ausländergesetz enthaltenen Regelungen zur Einbürgerung weiter modifiziert und in das Staatsangehörigkeitsgesetz überführt, das damit die zentrale Rechtsgrundlage für den Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit darstellt. Zu den rechtlichen Grundlagen der Einbürgerung vgl. ausführlich BMI & BAMF 2010, Kapitel 6.4 und BMI & BAMF 2014, Kapitel 8.1.

Abbildung 8-11: Einbürgerungen in Deutschland seit 2010



Quelle: Statistisches Bundesamt

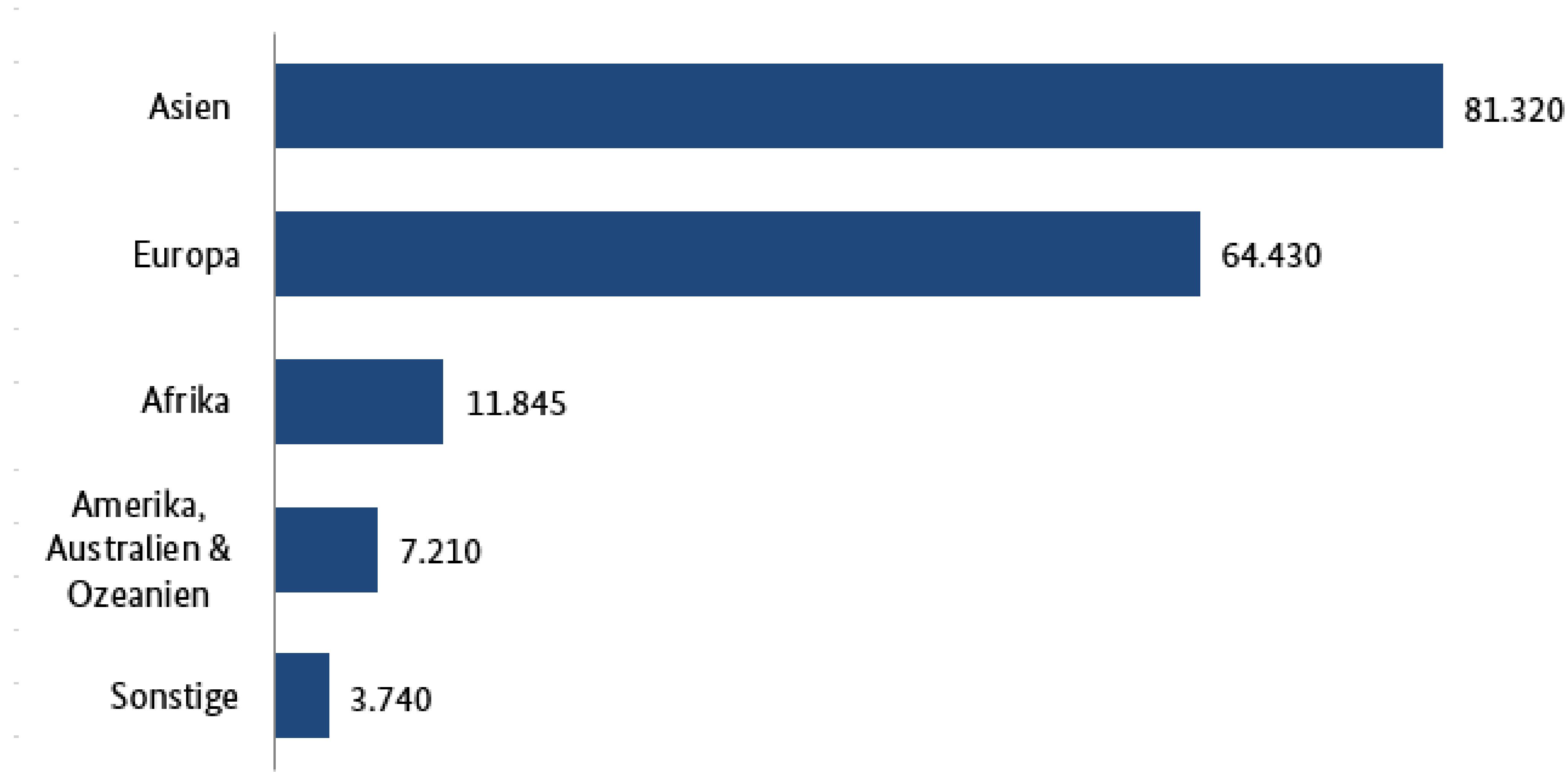
Seit dem Inkrafttreten des neuen Staatsangehörigkeitsrechts im Jahr 2000 haben rund 2,9 Millionen Personen¹⁹⁵ die deutsche Staatsangehörigkeit durch Einbürgerung erworben. Nach einem leichten Anstieg zwischen 2010 und 2012 schwankte die Anzahl der Einbürgerungen bis 2018 um 112.000 jährlich. Im Jahr 2019 stieg sie auf 128.905 und damit auf den höchsten Stand seit 2003. Dieser Anstieg ist vor allem auf die erhöhte Anzahl an Einbürgerungen britischer Staatsangehöriger nach dem Brexit-Referendum (aber noch vor dem vollzogenen Austritt des Vereinigten Königreichs aus der EU) zurückzuführen. Der deutliche Rückgang der Einbürgerungszahlen im Jahr 2020 muss vor allem im Kontext der COVID-19-Pandemie betrachtet werden.¹⁹⁶

Im Jahr 2022 wurden 168.545 Personen eingebürgert und damit 36.950 bzw. 28,1 % mehr als im Jahr zuvor (vgl. Abbildung 8-11 und Tabelle 8-12 im Anhang). Der Zuwachs lässt weiterhin Nachholeffekte der Pandemie vermuten; zudem ist es 2022 zu einem weiteren sehr deutlichen Anstieg bei den Einbürgerungen syrischer Staatsangehöriger gekommen, wie bereits im Jahr 2021. Viele Personen aus diesen Gruppen erreichten 2021/2022 erstmals die Mindestaufenthaltsdauer von 6 Jahren für einen eigenständigen Einbürgerungsantrag (siehe dazu im Folgenden).

¹⁹⁵ Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedlern wird seit 1999 durch die Erteilung der Spätaussiedlerbescheinigung automatisch und ohne Einbürgerungsverfahren die deutsche Staatsangehörigkeit verliehen, sobald sie ihren Wohnsitz in der Bundesrepublik einnehmen. Daher ist der Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit durch diese Personengruppe nicht in der Einbürgerungsstatistik enthalten.

¹⁹⁶ Vgl. Statistisches Bundesamt 2021b, S. 6.

Abbildung 8-12: Einbürgerungen nach bisheriger Staatsangehörigkeit (Kontinente) im Jahr 2022



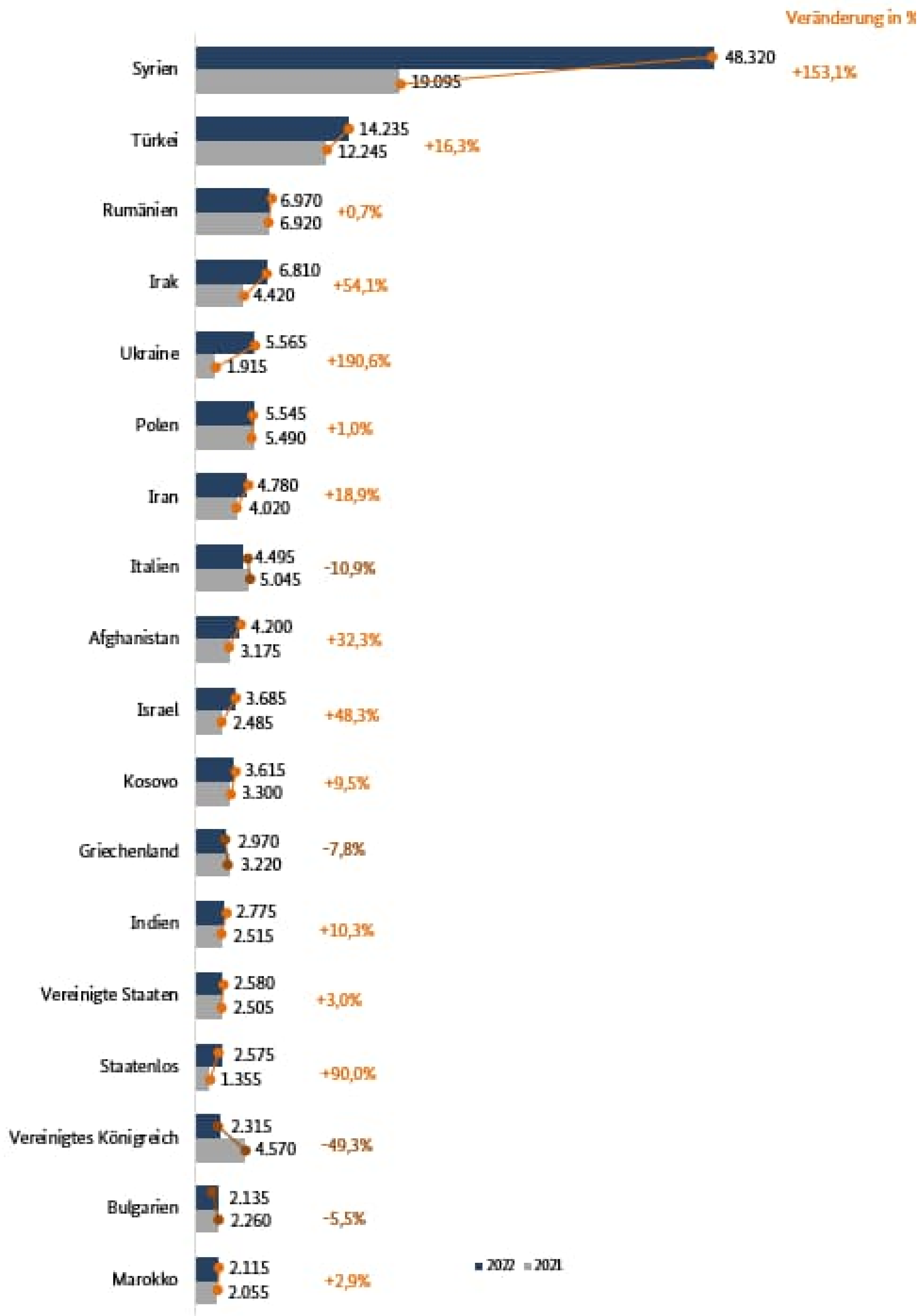
Anmerkung: Abweichungen zu den Gesamtsummen nach Staatsangehörigkeiten sind durch die vom Statistischen Bundesamt angewandte Fünfer-
rundung bedingt.

Quelle: Statistisches Bundesamt

Mit einem Anteil von 48,2 % hatte fast die Hälfte der eingebürgerten Personen bisher die Staatsangehörigkeit eines asiatischen Staates (81.320). Dies ist vor allem auf das Herkunftsland Syrien zurückzuführen; im Jahr 2021 lag noch Europa vor Asien. Die nächstgrößere Gruppe sind dementsprechend eingebürgerte Personen aus Europa, wovon 31.925 ursprünglich aus EU-Ländern stammen (vgl. Abbildung 8-12). Die Abbildung 8-12 geht noch genauer auf einzelne Länder ein, insbesondere auf die 18 Länder mit mehr als 2.000 eingebürgerten Personen im Jahr 2022. Die größte Gruppe sind Eingebürgerte, die zuvor die syrische Staatsangehörigkeit innehatten. Mit 48.320 Einbürgerungen hat sich die Anzahl im Vergleich zum Vorjahr mehr als verdoppelt (+153,1 %; 2021: 19.095). Im Vergleich zu 2020 war die Zahl sieben Mal so hoch (2020: 6.700; vgl. Abbildung 8-14). Ein besonders hoher Anteil von 28,8 % der eingebürgerten syrischen Staatsangehörigen wurde nach § 10 Abs. 3 S. 2 StAG mit Vorliegen von besonderen Integrationsleistungen eingebürgert (2021: 28,1 %), was bereits nach 6 Jahren Aufenthaltsdauer möglich ist, während insgesamt nur 13,7 % aller Einbürgerungen im Jahr 2022 auf dieser Grundlage durchgeführt wurden (2021: 9,4 %). Dieser hohe Anteil schlägt sich auch in der relativ niedrigen durchschnittlichen Aufenthaltsdauer bis zur Einbürgerung bei den syrischen Staatsangehörigen nieder (6,4 Jahre).

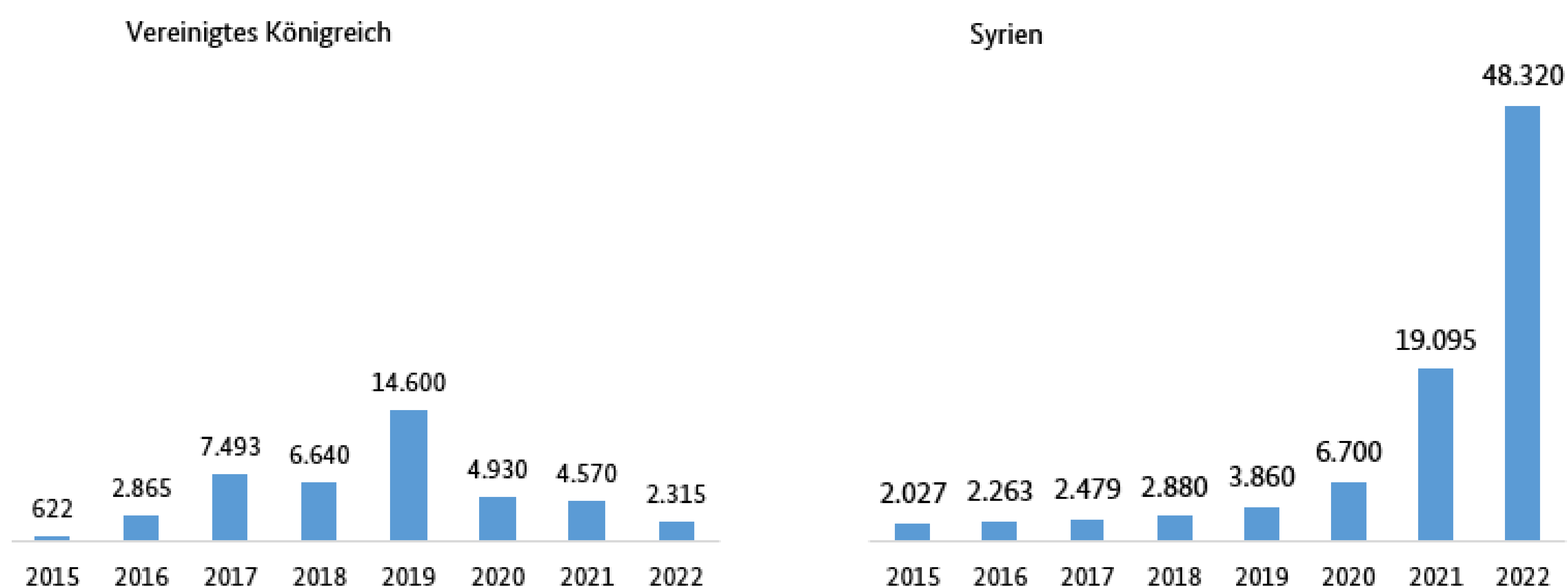
Ansonsten dominieren europäische Länder: 14.235 der eingebürgerten Personen besaßen zuvor die türkische Staatsangehörigkeit, 6.970 Personen hatten vormals die rumänische, 5.565 die ukrainische und 5.545 die polnische Staatsangehörigkeit. Neben den europäischen sind außerdem viele weitere asiatische Herkunftsländer vertreten. Wichtige einschlägige Staatsangehörigkeiten sind hier 6.810 eingebürgerte Personen mit zuvor irakischer und 4.780 mit iranischer Staatsangehörigkeit. Die Vereinigten Staaten (2.580 Einbürgerungen) sind das einzige amerikanische Land, das in der Gruppe der Länder mit mehr als 2.000 Einbürgerungen vertreten ist, und Marokko ist das einzige afrikanische Land (2.115 Einbürgerungen).

Abbildung 8-13: Eingebürgerte Personen nach bisheriger Staatsangehörigkeit im Jahr 2022 und prozentuale Veränderungen zum Vorjahr



Quelle: Statistisches Bundesamt

Abbildung 8-14: Eingebürgerte Personen mit britischer und syrischer Staatsangehörigkeit seit 2015¹



1) Abweichungen zu den zuvor berichteten Gesamtsummen pro Staatsangehörigkeit sind durch die vom Statistischen Bundesamt angewandte Fünfferrundung bedingt.

Quelle: Statistisches Bundesamt

Insgesamt ist für viele Herkunftsländer die Anzahl der Einbürgerungen im Jahr 2022 gestiegen, einen besonders hohen Anstieg verzeichneten neben der Ukraine (+190,6 %) und Syrien (+153,1 %) auch zuvor staatenlose Personen (+90,0 %). Andererseits ist die Anzahl an Einbürgerungen in wenigen Fällen im Jahr 2022 gesunken, z. B. für Italien (-10,9 %), Griechenland (-7,8 %) und Bulgarien (-5,5 %). Besonders stark ging die Anzahl der Einbürgerungen von Staatsangehörigen des Vereinigten Königreichs (-49,3 %) zurück. Britische Staatsangehörige, die bis spätestens vor Ende des Übergangszeitraums 2020 einen Antrag auf deutsche Staatsangehörigkeit gestellt und zu diesem Zeitpunkt alle Einbürgerungsvoraussetzungen erfüllt hatten, durften nach § 3 Brexit-Übergangsgesetz (BrexitÜG) nach der Einbürgerung die britische Staatsbürgerschaft behalten, wie es auch sonst bei EU-Staatsangehörigen der Fall ist. Von dieser Möglichkeit haben viele in Deutschland lebende Britinnen und Briten bereits in den Jahren zuvor Gebrauch gemacht. Hier scheint es die Trendumkehr mit dem vollzogenen Brexit seit dem Jahr 2020 gegeben zu haben, die sich 2022 weiter fortsetzte (vgl. Abbildung 8-14).

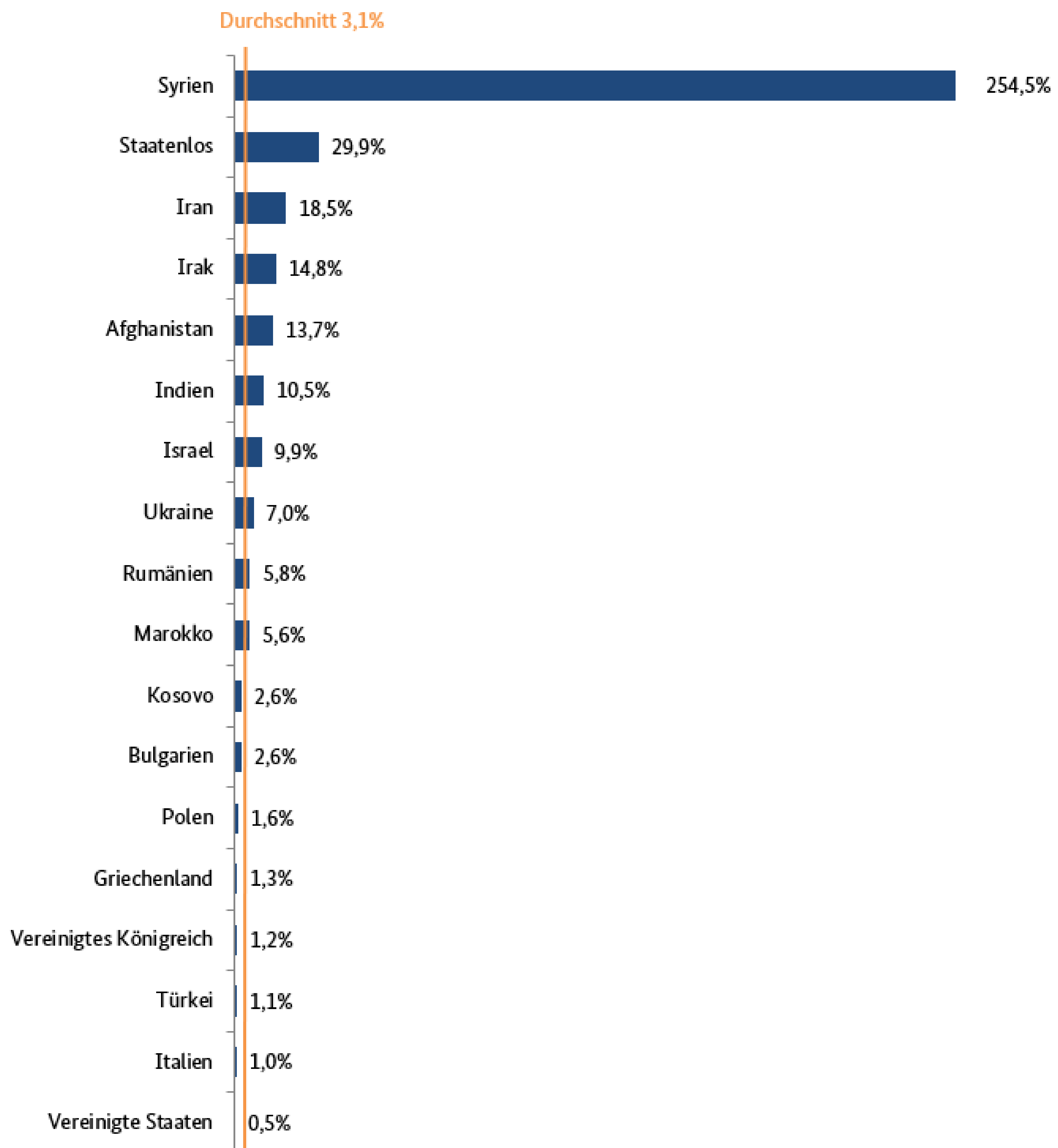
Die Einbürgerungszahlen lassen für sich genommen allerdings keine Aussagen über das Interesse an der deutschen Staatsangehörigkeit zu. Dafür eignet sich das ausgeschöpfte Einbürgerungspotenzial besser, denn es bezieht die Zahl der Einbürgerungen auf die Zahl der ausländischen Personen, die zu Beginn des jeweiligen Berichtsjahres mindestens seit 10 Jahren in Deutschland lebten.¹⁹⁷ 2022 betrug das ausgeschöpfte Einbürgerungspotenzial rund 3,1 % und ist somit im Vergleich zum Vorjahr um 0,6 % gestiegen. Die Abbildung 8-15 zeigt diese Kennzahl für Länder mit mehr als 2.000 Einbürgerungen im Jahr 2022. Staatsangehörige der EU wiesen meist unterdurchschnittliche Werte mit Ausnahme von Rumänien (5,8 %) auf, z. B. Bulgarien (2,6 %), Polen (1,6 %), Griechenland (1,3 %) und Italien (1,0 %). Der höchste Wert lag für Syrien mit 254,5 %¹⁹⁸ vor; er hat sich im Vergleich zum Vorjahr nochmals um 146,8 Prozentpunkte erhöht. Dieser sehr hohe Wert ergibt sich aus der Kombination von der großen Anzahl an zugewanderten Personen innerhalb der letzten 10 Jahre, insbesondere seit 2015, und der bereits vollzogenen Einbürgerung dieser Personen nach 6 Jahren auf Grund von besonderen Integrationsleistungen. Die weiteren höchsten Werte des ausgeschöpften Einbürgerungspotenzials ergaben sich für die außereuropäischen Staaten Iran (18,5 %), Irak (14,8 %), Afghanistan (13,7 %) und Indien (10,5 %), die bis auf Indien auch Hauptherkunftsländer von Schutzsuchenden in Deutschland während der letzten Jahre waren. Auch die Ukraine zeigt mit 7,0 % noch einen überdurchschnittlichen Wert. Verbunden mit der hohen Steigerungsrate

¹⁹⁷ Nach 8 Jahren rechtmäßigen gewöhnlichen Aufenthalts in Deutschland besteht unter Erfüllung bestimmter Voraussetzungen ein Anspruch auf Einbürgerung (§ 10 Abs. 1 StAG). Das Statistische Bundesamt legt bei seiner Berechnung des ausgeschöpften Einbürgerungspotenzials eine zehnjährige Aufenthaltszeit zugrunde.

¹⁹⁸ Dieser Wert errechnet sich aus dem Verhältnis zwischen den 48.320 Einbürgerungen syrischer Staatsangehöriger im Jahr 2022 und der Anzahl der syrischen Bevölkerung, die im Jahr 2021 mindestens eine Aufenthaltsdauer von 10 Jahren aufwies (18.995).

bei diesem Herkunftsland gegenüber 2021 (vgl. Abbildung 8-13) weist dies darauf hin, dass viele bereits länger in Deutschland lebende ukrainische Staatsangehörige nach Ausbruch des Krieges im Februar 2022 die Chance einer Einbürgerung ergriffen haben.

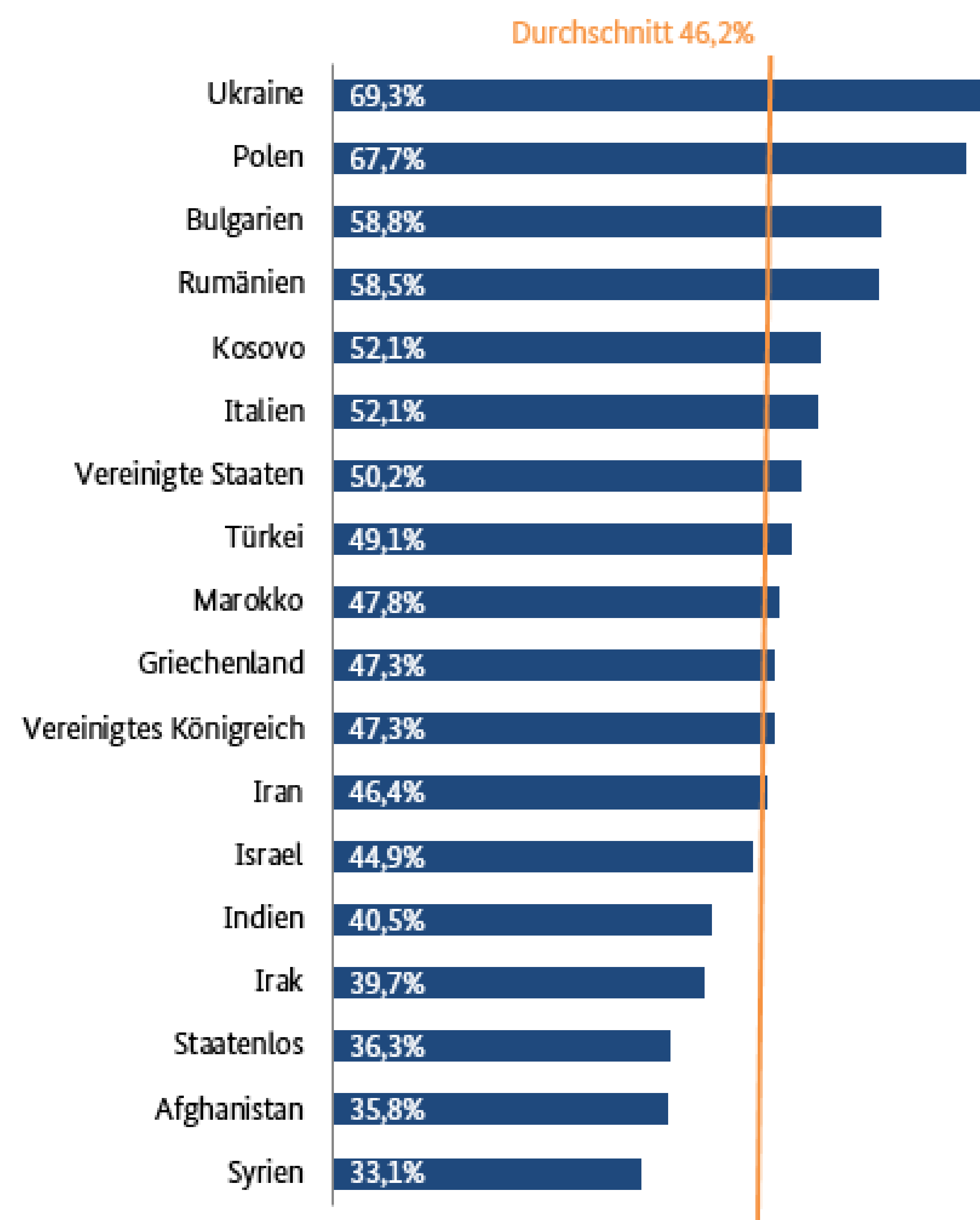
Abbildung 8-15: Ausgeschöpftes Einbürgerungspotenzial im Jahr 2022



Quelle: Statistisches Bundesamt

46,2 % der eingebürgerten Personen im Jahr 2022 waren weiblich (2021: 49,3 %). Trotz des fast ausgeglichenen Geschlechterverhältnisses bei den Eingebürgerten zeigen sich bei Betrachtung einzelner Herkunftsländer zum Teil deutliche Unterschiede, ähnlich wie es bei der Struktur der ausländischen Staatsangehörigen der Fall ist (vgl. Kapitel 8.1.1). So weisen etwa Eingebürgerte aus mittel- und osteuropäischen Staaten einen deutlich überproportionalen weiblichen Anteil auf, wie bei der Ukraine (69,3 %), Polen (67,7 %) und Bulgarien (58,8 %). Dagegen betrug der Anteil von weiblichen Personen bei Eingebürgerten aus dem Irak nur 39,7 %, Staatenlose 36,3 %, aus Afghanistan 35,8 % und aus Syrien 33,1 % (vgl. Abbildung 8-16).

Abbildung 8-16: Anteil an weiblichen Eingebürgerten im Jahr 2022



Quelle: Statistisches Bundesamt

Tabelle 8-3: Einbürgerungen im Jahr 2022 mit fortbestehender bisheriger Staatsangehörigkeit

	Einfürgerungen insgesamt	darunter: mit fortbestehender bisheriger Staatsangehörigkeit	
		absolut	in %
Insgesamt	168.545	124.940	74,1%
Männlich	90.685	69.215	76,3%
Weiblich	77.860	55.725	71,6%
Europa	64.430	40.415	62,7%
Darunter: EU-Staaten	31.925	31.615	99,0%
Afrika	11.845	6.750	57,0%
Amerika, Australien und Ozeanien	7.210	6.250	86,7%
Asien	81.320	71.530	88,0%
Staatenlos, ungeklärt und ohne Angabe	3.740	-	-
Syrien	48.320	48.290	99,9%
Türkei	14.235	1.065	7,5%
Rumänien	6.970	6.965	99,9%
Irak	6.810	6.475	95,1%
Ukraine	5.565	3.975	71,4%
Polen	5.545	5.440	99,9%
Iran	4.780	4.780	100,0%
Italien	4.495	4.435	98,7%
Afghanistan	4.200	4.200	100,0%
Israel	3.685	3.665	99,5%
Kosovo	3.615	230	6,4%
Griechenland	2.970	2.965	99,8%
Indien	2.775	120	4,3%
Staatenlos	2.575	0	0,0%
Vereinigte Staaten	2.580	2.480	96,1%
Vereinigtes Königreich	2.315	2.250	97,2%
Bulgarien	2.135	2.130	99,8%
Marokko	2.115	2.115	100,0%

-) Keine Angabe.

Quelle: Statistisches Bundesamt

Im deutschen Staatsangehörigkeitsrecht gilt zwar der Grundsatz der Vermeidung von Mehrstaatigkeit. Allerdings besteht dieser Grundsatz nicht uneingeschränkt, sondern lässt bei der Einbürgerung sachlich begründete Ausnahmen zu (siehe auch § 12 StAG).¹⁹⁹ Im Jahr 2022 erfolgten 74,1 % aller Einbürgerungen unter Hinnahme von Mehrstaatigkeit (2021: 69,0 %) (vgl. Tabelle 8-3). Die hohe Mehrstaaterquote basiert neben der Tatsache, dass die nunmehr mit Abstand größte Gruppe von Eingebürgerten die syrische Staatsangehörigkeit in fast allen Fällen behalten hat, zu einem beachtlichen Teil auf der Hinnahme von Mehrstaatigkeit bei Einbürgerungen von Staatsangehörigen aus EU-Mitgliedstaaten und der Schweiz. 2022 kamen 25,5 % der mit fortbestehender bisheriger Staatsangehörigkeit Eingebürgerten aus einem EU-Mitgliedstaat oder der Schweiz.

Staatsangehörige von EU-Mitgliedstaaten und der Schweiz müssen gemäß § 12 Abs. 2 StAG bei der Einbürgerung ihre bisherige Staatsangehörigkeit nicht aufgeben. Diese Ausnahme vom Grundsatz der Vermeidung von Mehrstaatigkeit hat der Gesetzgeber mit Blick auf die weitgehende Inländergleichbehandlung der EU-Staatsangehörigen, das Ziel der europäischen Integration und auch vor dem Hintergrund einer gemeinsamen Unionsbürgerschaft eingeführt. Unter den Herkunftsstaaten mit den meisten Einbürgerungen unter Hinnahme von Mehrstaatigkeit befinden sich mit Rumänien (6.965), Polen (5.440), Italien (4.435), Griechenland (2.965) und Bulgarien (2.130) viele EU-Staaten.

Von der Aufgabe der bisherigen Staatsangehörigkeit bei der Einbürgerung wird auch abgesehen, wenn Personen ihre bisherige Staatsangehörigkeit nicht oder nur unter besonders schwierigen Bedingungen aufgeben können (§ 12 Abs. 1 StAG). Dies ist beispielsweise der Fall, wenn das Recht des Herkunftsstaates die Aufgabe der Staatsangehörigkeit nicht vorsieht bzw. die Entlassung regelmäßig verweigert. So ermöglichen Afghanistan, Algerien, Angola, Eritrea, Iran, Kuba, Libanon, die Malediven, Marokko, Nigeria, Syrien, Thailand und Tunesien in der Regel faktisch kein Ausscheiden aus ihrer Staatsangehörigkeit. Daher besteht bei mehr als 99 % der Eingebürgerten aus diesen Ländern die bisherige Staatsangehörigkeit fort. Die hierdurch bedingte Hinnahme von Mehrstaatigkeit ist also im ausländischen Recht bzw. in der dortigen Rechtspraxis begründet.

¹⁹⁹ Vgl. Worbs 2017.